

Arbeit & Wirtschaft



Mutterfüllt

Arbeit, Wirtschaft, Politik, soziales Leben: Wie die Klimakrise unser tägliches Leben verändert, und warum es ohne Umverteilung und soziale Gerechtigkeit nicht gehen wird.

Klimaneutral / 6

Marathon oder Sprint:
Leonore Gewessler im Talk

Rückzugsgefechte / 20

Wandern statt Wedeln:
Wintertourismus am Ende?

#2



EVA WINTERER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Christian Domke Seidel,
 Christopher Erben, Alexander Foggensteiner,
 Andreas Gjacaj, Thomas Jarmer,
 Sabine Lichtenberger, Brigitte Pellar,
 Georg Sander, Greta Stampfer, Melanie Stransky,
 Alexia Weiss, Hans Volmary, Eva Winterer,
 Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Johannes Bagga, Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Im Gespräch mit den Autor:innen **Eva Winterer** und **Alexander Foggensteiner** spricht Bundesministerin Leonore Gewessler ab **Seite 26** über den Marathon zur Klimaneutralität und einen gesellschaftlich notwendigen Schulterschluss.



Marc Olefs, Leiter der Abteilung Klimaforschung, bei der Kontrolle einer Messstation am Dach von GeoSphere Austria (vormals ZAMG). Sie ist eine von 40 weltweiten Messstationen zur kontinuierlichen Untersuchung klimatischer Entwicklungen. Die Folgen für die Wirtschaft ab **Seite 12**.

Mutter Erde hat Fieber



EVA WINTERER
CHEFIN VOM DIENST

Der Traum vom unendlichen Wachstum stößt bei sich stetig verknappenden Ressourcen und einer zunehmend destruktiven Lebensweise an seine Grenzen. Doch weiterhin wird das Leben in Ziffern bewertet und nur als Rohstoffeinsatz als wertvoll angesehen. Ist das die Gesellschaft, in der wir leben wollen und überleben können?

Vor 50 Jahren zeigte der Club of Rome in seiner Publikation „Die Grenzen des Wachstums“ erstmals Szenarien der Klimaentwicklung auf. Seitdem haben globale Industrieunternehmen weltweit Hunderte Milliarden Dollar und Euro in verdeckte und auch ganz offene Lobbying-Kampagnen fließen lassen und versucht, den Klimawandel zu relativieren. Wir blicken hinter diese Mechanismen.

Trotz dieser Versuche ist mittlerweile klar, dass es ein „Weiter so“ nicht geben kann. Längere Hitzeperioden, weniger Niederschlag, Kunstschneebänder: Die Auswirkungen rücken immer näher an die Lebensrealität heran. Dazu thematisieren wir einerseits die Auswirkungen der Klimaveränderung auf die Wirtschaft – speziell auf Industrie und Tourismus – und andererseits die Folgen für die Beschäftigten sowie die Arbeitsbedingungen unter hohen Temperaturen.

Eng damit verbunden ist, wie die aktuelle Energie- und Inflationskrise eindrücklich zeigt, die Verteilungsfrage. So wird für viele Menschen in den unteren Einkommensbereichen Energie mittlerweile zu einem Luxusgut. Obwohl gerade sie den geringsten Anteil am CO₂-Ausstoß verursachen, sind sie am stärksten von den finanziellen Auswirkungen des Klima- und Strukturwandels betroffen. Auf die politischen Handlungsspielräume der Regierung nimmt im großen Interview Bundesministerin Leonore Gewessler Bezug. Sie merkt an, dass es bis zur Klimaneutralität bis 2040 noch einen Marathon zu laufen gibt, der nicht auf dem freien Markt alleine zu gewinnen ist, sondern der einen Schulterschluss aller gesellschaftlichen und interessenpolitischen Akteur:innen erfordert.

Ein abschließender Gedanke: Vielleicht sollten wir beginnen, nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von sozialen Rezessionen zu sprechen. Das hebt die Wertigkeit der Verteilungsgerechtigkeit und führt die Auswirkungen von politischen Maßnahmen vor Augen. Denn Mutter Erde hat Fieber, und es geht bei der Behandlung nicht um die persönlichen Befindlichkeiten einiger weniger, sondern um das Überleben aller. ▀

Inhalt

DENN WIR WISSEN, WAS WIR TUN

06 Dass die Klimakatastrophe kommt, wissen wir seit einem halben Jahrhundert. Auch wie sie aufzuhalten ist, ist längst klar. Doch mit den erforderlichen Änderungen tun sich viele schwer – vor allem, weil es um Geld geht.

PROFITIEREN VOM WELTENDE

22 Die Klimakrise ist heute wissenschaftlicher Konsens. Großkonzerne haben das allerdings schon seit Jahrzehnten gewusst und aktiv an der Klimawandelleugnung gearbeitet. Um das zu durchschauen, kommt den Qualitätsmedien eine wichtige Rolle zu.

GEFÄHRLICHES BETRIEBSKLIMA

36 Der Klimawandel führt zu alarmierenden Temperaturanstiegen im Sommer. Das macht sich auch am Arbeitsplatz bemerkbar. Gesetzliche Regelungen, die Arbeitnehmer:innen vor Hitze schützen, sind bis dato nur heiße Luft.

„Alles muss sich ändern“	10
Alina Brad, Politikwissenschaftlerin, im Interview	
Tarnen und täuschen	11
Sehr bemüht, aber doch Greenwashing	
Das Wasser bis zum Hals	12
Über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels	
Gesellschaft real bedroht?	16
Gastkommentar Hans Volmary, Mitautor APCC Report	
Im Land der Planlosen	18
Über den Status quo der österreichischen Klimapolitik	
„Klimaschutz ist ein Marathon“	26
Klimaschutzministerin Leonore Gewessler im Gespräch	
Volle Bremsenergie für Strompreise?	30
Eine nüchterne Einschätzung der EU-Strommarktrefom	
Unser tägliches Fahrplan-Los	32
Reportage: Wegbeschreibung für klimafittes Pendeln	
Schnee von gestern	40
Kunstschneebänder ohne Ende – touristische Einblicke	
Ein Drucker, drei Brüder und Karl Marx	44
Historie zum 140. Todestag von Karl Marx	
Zivilisation der Nachhaltigkeit	46
Das letzte Wort hat Andreas Gjecaj	



Im hundertsten Jahr



Arbeit&Wirtschaft erschien erstmals am 1. Jänner 1923. Die hundert Jahre seither waren von einem Wechsel zwischen Demokratie, Diktatur und Verfolgung, von Wirtschaftskrise zu Wohlstand gekennzeichnet. In den zehn Ausgaben des Jubiläumjahres werden wir uns durch einen Blick auf vergangene Ausgaben der Arbeit&Wirtschaft auf die Spuren der wechselvollen Geschichte begeben und so einen Abriss der demokratischen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Geschichte Österreichs bieten.

Zur Neugründung der Arbeit&Wirtschaft 1947 schrieb Otto Leichter:

„Worauf es beim Anfang von ‚Arbeit und Wirtschaft‘ nach 1945 vor allem ankam, war, die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte mit den neuen Zielen der Gewerkschaftsbewegung und ihrer veränderten Struktur ebenso wie mit dem durch die Beteiligung an der Regierung veränderten Einflußbereich der Gewerkschaften und Arbeiterkammern vertraut zu machen.“

**Du bist für einen Perspektivenwechsel bereit?
Dann folge uns auf Facebook, Instagram, Twitter oder abonniere
unseren wöchentlichen Newsletter:**

www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

Denn wir wissen, was wir tun

Dass die Klimakatastrophe kommt, wissen wir seit einem halben Jahrhundert. Auch wie sie aufzuhalten ist, ist längst klar. Doch mit den erforderlichen Änderungen tun sich viele schwer – vor allem, weil es um Geld geht.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL



Alles ist super – bis plötzlich alles furchtbar ist. Das Ende ist ein Zusammenbruch der Wirtschaft und Gesellschaft. Es gibt keinen vom Menschen gemachten Klimawandel, es gibt eine vom Menschen gemachte Klimakatastrophe. Dieses Erkenntnis ist so alt wie die Debatte selbst und geht auf die Studie „Die Grenzen des Wachstums“ zurück. Vergangenes Jahr „feierte“ sie ihren 50. Geburtstag. Ein halbes Jahrhundert wirtschaftet die Welt seitdem wider besseres Wissen weiter. Die Kernaussage der Studie ist folgende: Entwickeln sich Weltbevölkerung, Industrialisierung, Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelproduktion und Ausbeutung natürlicher Rohstoffe unverändert weiter, werden die Grenzen des Wachstums erreicht. Die Folgen sind ein „Absinken der Bevölkerungszahl“, eine irreparabel zerstörte Umwelt und unwiederbringlich vernichtete Rohstoffe.

Menschen, die unabhängigen Wissenschaftler:innen skeptisch gegenüberstehen, mögen sich an die Wissenschaftler:innen von Konzernen wenden, um die These der Klimakatastrophe zu verifizieren. An die von ExxonMobile zum Beispiel: Der Konzern nahm enorme Geldmittel in die Hand, um die Auswirkungen seines Produkts, nämlich Energie aus fossilen Brennstoffen, zu untersuchen – so viel Geld, dass die Forschung des Konzerns jene von Universitäten und Regierungen übertraf, wie eine Analyse der Arbeiten im Jahr 2022 zeigte. An dieser waren Geoffrey Supran und Naomi Oreskes von der Universität Harvard sowie der Klimaphysiker Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) beteiligt. Es geht um 32 interne Dokumente und 72 Studien von Exxon. Sie alle kommen zum selben Ergebnis wie die unabhängigen Arbeiten. Stößt der Mensch Treibhausgase aus, beschleunigt er damit den Klimawandel. Und das „mit potenziell katastrophalen“ Auswirkungen, wie es in einem Memo an den Exxon-Vorstand aus dem Jahr 1977 heißt. Aus der Erkenntnis, dass das eigene Geschäftsmodell die Zukunft eines ganzen Planeten mitruiniert, zog der damalige Vorstand den Schluss, dass Desinformation wohl der beste Weg sei, damit umzugehen – schließlich geht es um Profite.

Das Problem mit dem System

Das Problem ist nicht das Wissen. Die Krise ist systemimmanent. Zu diesem Schluss kommt auch „Die Grenzen des Wachstums“. Deren zentrale Schlussfolgerung ist: „Unsere gegenwärtige Situa-

tion ist so verwickelt und so sehr Ergebnis vielfältiger menschlicher Bestrebungen, dass keine Kombination rein technischer, wirtschaftlicher oder gesetzlicher Maßnahmen eine wesentliche Besserung bewirken kann. Ganz neue Vorgehensweisen sind erforderlich, um die Menschheit auf Ziele auszurichten, die anstelle weiteren Wachstums auf Gleichgewichtszustände führen.“

Wie diese neue Vorgehensweise aussehen muss, ist eindeutig: Die Menschheit muss weniger Treibhausgase ausstoßen. Das funktioniert aber nicht durch technologischen Fortschritt, sondern durch einen Systemwandel. Wirtschaftswachstum taugt dabei nicht als zentraler Maßstab für Wohlstand und Fortschritt. „Degrowth“ oder auch „Postwachstum“ heißt in der Wissenschaft die Lösung. „Es geht um eine bewusste Umgestaltung der Abhängigkeit davon, dass immer mehr investiert, produziert und konsumiert werden muss“, fasst Ulrich Brand das Ziel zusammen. Er ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien. „Der Energieverbrauch muss insgesamt gesenkt werden. Wir kriegen das mit dem Ausbau erneuerbarer Energien alleine nicht hin. Das zeigen alle Studien.“ Das Mantra vom „grünen Wachstum“ – also Wirtschaftswachstum dank vermeintlich umweltfreundlicher Technologien – sei unehrlich.

Auf diesen Fehler im aktuellen Wirtschaftssystem weist auch Alina Brad hin. Sie ist Senior Scientist am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und forscht unter anderem zu Klimapolitik und Fragen der sozial-ökologischen Transformation. „In Ländern, in denen ein Rückgang der CO₂-Emissionen bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum feststellbar ist, trägt der Schein insofern, als gleichzeitig viele emissionsintensive Fertigungsprozesse

„Wir brauchen ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das Wohlstand mit weniger materiellen Gütern sichert.“

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik,
Universität Wien



„Eine ernsthafte Politik in Richtung Klimaneutralität, die auch international solidarisch ist, sehe ich aktuell nicht. Es dominiert die globale kapitalistische Konkurrenz. Das sehen wir zwischen China, den USA und Europa – und die Länder des globalen Südens sind Objekte der Ausbeutung. Und das wird nicht infrage gestellt“, so Ulrich Brand.

ins Ausland verlagert wurden.“ Es sei schlicht ungeklärt, ob alle Industrieprozesse tatsächlich dekarbonisiert werden könnten und, wenn ja, zu welchen Kosten. „Bislang gibt es keinen Nachweis dafür, dass eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch möglich ist“, so Brad.

Die Klimakatastrophe lasse sich also nur mit einem materiellen Rückbau abwenden. Es gehe darum, in bestimmten Bereichen – Produktion und Nutzung von Automobilen, Flugverkehr, industrielle Landwirtschaft, schnell verbrauchbare Güter, billige Kleidung – weniger zu konsumieren. „Wir brauchen ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das Wohlstand mit weniger materiellen Gütern sichert“, so Ulrich Brand. Wachstum könne und müsse es dann beispielsweise in den Bereichen Bildung, Gesundheit, ökologische Ernährung oder öffentlicher Verkehr geben. Ein Punkt, den auch Alina Brad betont: Der verschwenderische Konsum sei ein wesentlicher Teil der aktuellen Form des Kapitalismus. Die Konsumbedürfnisse würden aber vor allem durch Werbung geweckt.

Transformation gemeinsam tragen

Ganz so einfach ist es natürlich nicht. Denn diese Waren werden von Menschen hergestellt und gekauft. Helene Schubert, Chefökonomin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), erweitert die Debatte um folgenden Punkt: „Man darf die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Die Umweltbewegungen der vergangenen Jahrzehnte waren aus verschiedenen Gründen nicht erfolgreich. Einer ist, dass man die Sorgen der Arbeitnehmer:innen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, um den Verlust von vermeintlichem Wohlstand, nicht ernst genommen hat.“

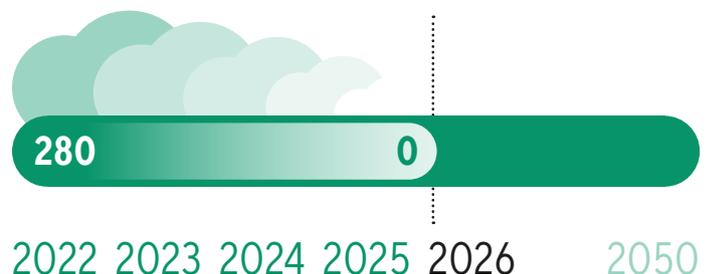
Die Transformation von Sektoren wie Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Industrie kann nach Schubert nur erfolgreich

sein, wenn die Arbeitnehmer:innen beteiligt werden. „Wichtig ist somit, dass die Transformation von allen gemeinsam getragen wird und garantiert ist, dass qualitativ hochwertige Arbeitsplätze entstehen und diejenigen, die negativ betroffen sind, abgesichert werden“, fordert Schubert. Klimapolitik sei auch Sozial- und Beschäftigungspolitik.

Eine Analyse, die im Kern auch Josef Riegler teilt. Der Politiker war von 1987 bis 1989 Landwirtschaftsminister und von 1989 bis 1991 Vizekanzler. Er etablierte den Begriff der „ökosozialen Marktwirtschaft“. Im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft sagt er: „Wir haben in Europa mehr oder weniger ein Fundament der sozialen Marktwirtschaft. Es ist für Europa kennzeichnend, dass über Jahrzehnte versucht wurde, eine Balance zwischen Erfordernissen der Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit herzustellen. Das Motto war ‚Wohlstand für alle‘.“ Bestehe eine soziale Schieflage, könne Europa nachschärfen. Andere Länder – wie beispielsweise die USA – hätten diesen Vorteil nicht.

Emissionsbudget bis 2050: 280 Mio. Tonnen. Im aktuellen Tempo reicht es bis 2026.

Quelle: Klimadashboard, Climate Change Centre Austria,
Stand: März 2023



Allerdings glaubt Schuberth, dass ohne einen Systemwechsel die Klimakatastrophe nicht aufzuhalten sei. Bisher vertraute man auf die „unsichtbare Hand des Marktes“ und versuche alles, um nicht in den Markt eingreifen zu müssen. Zur Erreichung der festgelegten CO₂-Reduktionsziele setzte man im Wesentlichen auf preisliche Anreize, wie etwa höhere Energiekosten für fossile Energieträger. „Dies funktioniert jedoch nicht“, so Schuberth. Der Transformationsprozess müsse von Staat und Sozialpartnern gemeinsam geplant werden. Das umfasse klare Vorgaben für die Wirtschaftssektoren und Unternehmen, verbunden mit Sanktionierung bei Nichteinhaltung. „Den Unternehmen staatliche Fördermittel für die Transformation zukommen zu lassen, ohne diese an gewerkschaftliche Forderungen wie Ausbildungs- und Standortgarantien zu knüpfen, ist inakzeptabel“, macht Schuberth deutlich. Die Klimakatastrophe sei auch eine soziale Frage. „Weltweit sind die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung für über die Hälfte des CO₂-Ausstoßes verantwortlich, das reichste Prozent alleine für 15 Prozent, die ärmere Hälfte der Menschheit aber nur für 7 Prozent.“

Konsum auf dem Rücken des Südens

Die reichen Länder des Nordens stoßen jede Menge Treibhausgase aus und haben ihren Wohlstand auf Kosten des globalen Südens aufgebaut – eine Bilanz, die in der Debatte um Klimaneutralität und Energiesicherheit gerne ignoriert wird. „Eine ernsthafte Politik in Richtung Klimaneutralität, die auch international solidarisch ist, sehe ich aktuell nicht. Es dominiert die globale kapitalistische Konkurrenz. Das sehen wir zwischen China, den USA und Europa – und die Länder des globalen Südens sind Objekte der Ausbeutung. Und das wird nicht infrage gestellt“, beklagt Brand.

In ärmeren Ländern seien es vor allem Oligarchen, die vom Handel mit Rohstoffen profitieren würden. Es werde nicht hinterfragt, zu welchen Bedingungen beispielsweise Wasserstoff in Afrika produziert würde und ob diese Anlagen auch die Energiearmut vor Ort bekämpfen würden. „Es braucht eine Umorganisation der Wirtschaftsbeziehungen, um auf Augenhöhe zu agieren. Die OPEC ist eine entsprechende Plattform. Ein solches Kartell bräuchte es auch für Lithium und andere Rohstoffe, damit sie ökologisch und sozial verträglich abgebaut werden und den Ländern was bringen.“

Ein fairer Handel bedeutet im aktuellen Wirtschaftssystem aber auch, dass diese Länder wachsen und mehr Energie verbrauchen würden. Entsprechend müsse sich die globale Sicht auf Wohlstand ändern, führt Brand weiter aus, also dass „gute Mobilität“ nicht gleichbedeutend sei mit einem großen Auto und „gute Ernährung“ nicht mit hohem Fleischkonsum einhergehe. Alle Länder müssten ihren Konsum überdenken, um bessere Lebensbedingungen für alle zu schaffen. „Denn der aktuelle Produktivismus und Konsumismus schafft auch in China eine enorme Ungleichheit. Das meine ich nicht moralisierend, sondern sehr politisch. Es muss uns gelingen,

ein anderes Wohlstandsmodell zu schaffen. ‚Der Süden‘ wird dann möglicherweise wachsen im Sinne einer Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen – aber nicht durch Palmölplantagen, von denen nur ein paar Oligarchen profitieren.“ Auch Riegler teilt diese Ansicht. „Das Grundproblem, das wir haben, ist, dass viele Bereiche der Wirtschaft nur auf Gewinnmaximierung hinarbeiten. Und da geht natürlich sehr viel an sozialer und ökologischer Verantwortung verloren. Es ist einfach ein System, das in Richtung Ausbeutung von Mensch und Natur läuft.“ Damit enden dann allerdings die Gemeinsamkeiten. Denn bei der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden könne, setzt Riegler vor allem auf eine faire Bepreisung von Kohlendioxid. Dies sei der wichtigste Hebel, um technologische Innovation im Bereich der Treibhausgasvermeidung zu erzielen. „Eine leistungsfähige Marktwirtschaft ist meines Erachtens notwendig, damit eben auch sozialer Wohlstand überhaupt generiert werden kann.“ Für Brand gehört die Debatte um technologische Lösungen wie das Einfangen von CO₂ zum Greenwashing erweitert. „Eine starke Klimaneutralität gibt es nur durch eine Reduktion des Energieverbrauchs. Grünes Wachstum führt aber zu einer Zunahme. Denkt man an die Digitalisierung, den geplanten E-Auto-Boom und Wasserstoffpläne für den Flugverkehr, dann wird das nicht gehen“, kritisiert Brand.

„Den Unternehmen staatliche Fördermittel für die Transformation zukommen zu lassen, ohne diese an gewerkschaftliche Forderungen wie Ausbildungs- und Standortgarantien zu knüpfen, ist inakzeptabel.“

Helene Schuberth, Chefökonomin des ÖGB

„Für wesentliche Klimaschutzmaßnahmen und eine Systemumstellung bedarf es heute massiver Investitionen. Gleichzeitig werden die Vorteile und Gewinne erst in 20 oder 30 Jahren sichtbar werden“, bringt Brad das Problem auf den Punkt. Allerdings ist fraglich, ob sich die Politiker:innen über einen solchen Zeitraum auf das Verständnis der Bevölkerung verlassen können.

Den Status quo weitergedacht, enden die Simulationen in „Die Grenzen des Wachstums“ in der Katastrophe. Bislang erweisen sich die Berechnungen, die ein halbes Jahrhundert alt sind, als erschreckend präzise. Doch die Zusammenfassung der Studie ist überraschend hoffnungsvoll. „Gleichgewichtszustände erfordern ein außergewöhnliches Maß von Verständnis, Vorstellungskraft und politischem und moralischem Mut. Wir glauben aber, dass diese Anstrengungen geleistet werden können, und hoffen, dass diese Veröffentlichung dazu beiträgt, die hierfür notwendigen Kräfte zu mobilisieren.“ ▀

„Alles muss sich ändern!“

Dekarbonisierung auf allen Ebenen: Alina Brad, Politikwissenschaftlerin an der Universität Wien, im Gespräch zu den gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Klimakrise.

INTERVIEW GRETA STAMPFER

Immer wieder hören wir, dass Transformationen notwendig sind, um die Klimakrise zu bewältigen. Von welchen notwendigen Veränderungen sprechen wir da auf gesellschaftspolitischer Ebene?

Alina Brad: Wir kommen nicht um einen umfassenden Systemwandel herum – ein „Weiter so“ mit „grünen“ Innovationen allein wird nicht ausreichen. Denn die Dekarbonisierung aller Sektoren wird notwendig sein, um die Klimakrise abzuwenden. Und diese Transformationen werden die Gesamtgesellschaft betreffen. Mir schwebt deshalb eine sozial-ökologische Transformation vor, die auch Funktionsprinzipien und soziale Verhältnisse angeht.

Wir brauchen also einen umfassenden Systemwandel. Einfach daheim den Strom öfter abzudrehen wird also nicht ausreichen?

Nein. Wie viel Emissionen mit dem individuellen Energieverbrauch verbunden sind, hängt im Wesentlichen von den Systemen der Energieversorgung, aber auch materiellen Infrastrukturen ab – und diese Bereiche können nicht ausreichend durch individuelles Verhalten verändert werden. Individuen ein moralisches Konsumverhalten aufzubürden liegt mir fern.

Vielmehr ist der Staat gefragt. Entscheidend ist, dass Infrastrukturen aufgebaut werden, die ein klimafreundliches Leben ermöglichen.



Alina Brad (Dr. phil.) ist Senior Scientist am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und forscht zu internationaler Klima- und Umweltpolitik und sozial-ökologischer Transformation.

Abseits von klimafreundlichen Infrastrukturen: Müssen wir auch unseren materiellen Wohlstand überdenken, oder kann es so weitergehen wie bisher?

Prinzipiell ist materieller Wohlstand nicht per se schlecht. Dass Menschen ihre Bedürfnisse auch materiell abdecken können, ist ein Erfolg moderner Gesellschaften. Und da auch in Österreich noch viele Menschen von Armut betroffen sind, halte ich einen generellen Fokus auf „Verzicht“ und Wohlstandseinbußen für problematisch. Aber wir wissen, dass einkommensstarke Haushalte weitaus mehr Emissionen verursachen als einkommensschwache Haushalte. Es sind die übermäßigen Konsumformen als we-

sentlicher Teil kapitalistischer Ökonomien, die zu hinterfragen sind.

Übermäßige Konsumformen sind also ein Problem. Was können wir diesen ganz konkret entgegensetzen?

Klimafreundliche Routinen und Gewohnheiten müssen eine konkrete Alternative sein, etwas anders zu tun als bisher. Ein Beispiel: Eine kostengünstige und praktisch funktionierende Infrastruktur für Hochgeschwindigkeitszüge quer durch Europa könnte ein Gegenentwurf zum Fliegen sein. Auch positive Zukunftsbilder spielen eine Rolle, denn diese können Menschen motivieren.

Gleichzeitig zeigen sich immer wieder Widerstände gegen weitreichende Maßnahmen. Wer kämpft gegen diese an?

Es gibt massive Widerstände seitens der Industrien, insbesondere der Öl- und Gasindustrie, weitreichende Klimamaßnahmen umzusetzen. Veränderungen erzeugen außerdem oft Angst, und Veränderungsbereitschaft setzt das Gefühl von Sicherheit voraus. Gleichzeitig sind grüne Alternativen oft teuer. Deshalb muss Klimapolitik mit Umverteilung verbunden sein. Eine soziale Absicherung und eine umfassende Sozialpolitik müssen die Lasten der Transformation abfedern.

Danke für das Gespräch! ▶

Tarnen und täuschen

*Unternehmen verursachen einen Großteil der globalen CO₂-Emissionen.
Nach eigenen Angaben sind sie bemüht, den Ausstoß zu senken.
Doch meist steckt nur Greenwashing dahinter.*

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Der Wind hat sich gedreht. Ab dem Jahr 2004 diskutierte die Welt zunächst über den CO₂-Fußabdruck, den jeder Mensch hinterlässt. Der Energiekonzern BP hatte einen Online-Rechner eingeführt. Jeder konnte sich selbst seine:ihre Portion Schuld an der Klimakatastrophe ausrechnen. Mittlerweile hat sich aber die Erkenntnis durchgesetzt, dass Unternehmen rund 71 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verursachen. Die Energieindustrie alleine bläst fast doppelt so viel Emissionen in die Luft wie der Transportsektor.

Konzerne sind deswegen verpflichtet, einen Nachhaltigkeitsbericht zu veröffentlichen. Darin fassen die Firmen ihre Bemühungen zur Reduktion ihres CO₂-Fußabdrucks zusammen. Kontrolliert werden diese Ziele unter anderem vom Corporate Climate Responsibility Monitor (CCRM). Er analysiert die Klimastrategien von 24 globalen Unternehmen, die in Summe 2,2 Gigatonnen Treibhausgase ausstoßen. Das Ergebnis des CCRM ist ernüchternd. Die Verpflichtungen der Unternehmen seien unklar, die Kompensationspläne unglaubwürdig und bestimmte Emissionsbereiche blieben unberücksichtigt.

Musterschüler in Sachen Greenwashing

Das ist überraschend, denn der CCRM hat die 24 Unternehmen nicht zufällig ausge-



Zwölf weltweit namhafte Konzerne verfügen bisher über keine Ziele zur Reduktion ihrer CO₂-Emissionen.

sucht. Es handelt sich um Firmen, die sich selbst als besonders ambitioniert im Kampf gegen die Klimakatastrophe inszenieren. Sie haben teils sogar Dekarbonisierungspläne angekündigt, die helfen sollen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. „Insgesamt stufen wir die Klimastrategien von 15 der 24 Unternehmen als von geringer oder sehr geringer Integrität ein. Wir haben festgestellt, dass die meisten Strategien der Unternehmen keine Beispiele für eine gute Praxis beim Klimaführungsmanagement darstellen“, fasst der Report diese Pläne zusammen.

Die Minimalanforderung, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, ist eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 48 Prozent bis ins Jahr 2030. Gerade einmal vier Firmen (Maersk, Stellantis, H&M-Group

und Apple) haben überhaupt ein Reduktionsziel, das diese Hürde nimmt. Im Schnitt nehmen sich die Firmen eine Verringerung der CO₂-Emissionen von 21 Prozent vor. Beim Ziel der Klimaneutralität fällt die Analyse noch dramatischer aus. Dafür müssten die Konzerne ihre Emissionen langfristig um 90 Prozent reduzieren. Gerade einmal fünf haben das überhaupt vor (Maersk, Thyssenkrupp, Stellantis, H&M-Group und Holcim). Sieben Firmen haben unzureichende Ziele (Carrefour, Walmart, Samsung, Google, Microsoft und Apple, Ahold Delhaize). Und zwölf haben sich dieses Ziel nicht einmal gesetzt.

Darunter (beispielhaft) auch Volkswagen. Der Autobauer erntet im Report viel Kritik, unter anderem für die Behauptung, einzelne Produktionslinien seien bereits klimaneutral. Der Report erklärt, dass VW 6,1 Megatonnen CO₂-Äquivalent per Zertifikate verschwinden ließ. Für diese Ausgleichsschriften hat VW im Jahr 2022 ein Joint Venture mit ClimatePartner gegründet. Es soll Waldschutz- und Aufforstungsprojekte entwickeln und finanzieren. Diese Art der Kompensation sei ungeeignet, da die Bindung von Kohlenstoff auf diesem Weg unbeständig sei. Für eine entsprechende Skalierung fehle es an finanziellen Mitteln. Die Maßnahmen von VW würden nicht ausreichen, um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Doch damit ist der Autobauer in bester Gesellschaft. ▀

Das Wasser bis zum Hals

Hitze, Überflutungen und andere Katastrophen: Der Klimawandel betrifft nicht nur Natur und Mensch, auch die Wirtschaft muss sich auf gravierende Schäden einstellen. Eine meteorologische Betrachtung.

TEXT ALEXANDER FOGGENSTEINER



Im globalen Klimasystem hänge alles zusammen, so Dr. Marc Olefs, Leiter des Departements für Klimafolgenforschung bei GeoSphere Austria, wie die frühere Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik jetzt heißt. Damit ist gemeint: Das Klima Österreichs ist mit jenem der Urwälder im Amazonas und mit dem Kli-

ma der Arktis unmittelbar verbunden. In Österreich jedenfalls haben die klimatischen Veränderungen im vergangenen Winter zu schmalen Kunstschneeebändern auf westösterreichischen Skipisten geführt. Im Süden Österreichs war reichlich Schnee vorhanden, und im Osten gab es zum Teil überdurchschnittliche und zum Teil gerin-

ge Niederschlagsmengen – und viel Wind. „Die Situation ist zwar ernst, aber ich bin kein Alarmist“, sagt Stefan Schleicher, Professor am Wegener Center für Klima und Globalen Wandel an der Universität Graz. Er sieht es nüchtern: „Wenn die Winter wärmer und trockener werden, dann bekommen wir eben weniger Schnee.“ Das

wirkt sich auf den Fremdenverkehr und die winterliche Buchungslage aus, wenn Skifahrer:innen nur noch auf künstlich beschneiten Schneebahnen talwärts carven können.

Winterlicher Kollaps

Unterm Strich wird der heurige Winter nach Angaben von GeoSphere im Tiefland als sechstwärmster Winter und auf den Bergen als zwölftwärmster Winter in die österreichische Wettergeschichte – also seit es Messungen gibt – eingehen.

Neben der schleichenden linearen Wetterveränderung, die am Ende zu dem führt, was wir Klimawandel nennen, registrieren die Forscher:innen auch sogenannte Kippunkte im Klimasystem. Das sind kritische Grenzwerte, bei denen schon eine kleine zusätzliche Störung genügen kann, um eine qualitative Veränderung im System auszulösen. „Solche Kippelemente reagieren oft lange Zeit nur wenig auf den Klimastress“, sagt Marc Olefs, „aber wenn die Belastung dann nur geringfügig weiter zunimmt, kann es zum Umkippen kommen.“ Zum Beispiel könne so ein Kippunkt das Austrocknen des amazonischen Regenwalds oder den Kollaps des Grönländischen Eisschildes auslösen. Auswirkungen zum Beispiel durch Überflutungen erfolgen aber auch wieder plötzlich durch Extremwetterereignisse: Wenn der Wasserpegel bei einem Hochwasserereignis nur bis zur Türschwelle steigt, dann ist der Schaden null. Steigt das Wasser weiter, ist der Schaden immens.

Und Olefs zieht einen Vergleich: „Das ist wie bei Corona, wo bei Extremen nur noch der Shutdown übrig bleibt, weil Krankenhäuser mit Patient:innen übergehen. Da wir aber beim Klima nicht alle unsere Aktivitäten auf null stellen können, müssen wir nach und nach und vor allem rasch handeln. Gleichzeitig können wir beim Klima nicht von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen.“ Das könne laut Olefs tödlich sein, „da wir bei vielen Klimaprozessen nicht linear, sondern exponentiell denken müssen“, zudem



Schleichende lineare Wetterveränderungen und Kippunkte im Klimasystem: Marc Olefs erklärt, wie kleine zusätzliche Störungen genügen, um eine Systemveränderung mit großen Auswirkungen herbeizuführen.

werde der Klimawandel mit jeder zusätzlichen Tonne CO₂ weiter angeheizt.

90 Prozent der Überschussenergie gehen in die Ozeane. Das ist eine riesige Menge an Wärmeenergie. Das kann zu schlagartigen Änderungen führen, auch weil das freigesetzte CO₂ bis zu 100.000 Jahre in der Atmosphäre bleibt.

Es gibt zwar mittlerweile erste technische Anlagen, mit denen CO₂ wieder aus der Atmosphäre entfernt werden kann. Das ist aber gleichermaßen schwierig wie kostspielig: Die derzeitige globale Kapazität dieser Anlagen entzieht der Atmosphäre etwa 8.000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das entspricht dem ökologischen Fußabdruck eines Milliardärs. Eine Tonne umzuwandeln kostet derzeit rund 950 Euro. 8.000 Tonnen kosten demnach 7,6 Millionen Euro. Zum Vergleich: Derzeit emittieren wir auf der Erde rund 60 Milliarden Tonnen klimawirksame Treibhausgase im Jahr, zwei

Drittel davon sind CO₂. Die Kosten dafür, das CO₂ umzuwandeln, belaufen sich auf 38 Billionen Euro. „Das wäre weder technisch noch wirtschaftlich sinnvoll“, sagt Olefs. Besser sei es, die Emissionen zu verringern – und die Uhr tickt.

Spürbare Extreme

Eine weltweite Klimaerwärmung um einen zusätzlichen Grad bedeutet für Österreich ein Plus von zwei Grad. Hinzu kommt laut Olefs, „dass Niederschlagsextreme pro Grad um 10 Prozent steigen“. In der Südoststeiermark mache sich das schon seit vielen Jahren mit Starkregen und Murenabgängen bemerkbar.

Insgesamt zeigen sich Wetterextreme im Inland durch mehr Gewitter, durch die Zunahme an Starkniederschlag und auch durch Stürme im Frühjahr. Es gibt deutlich weniger Tage mit leichtem Regen. Weil ins-

„Es geht auch um die Demokratisierung der Produktionsprozesse. Denn der Markt regelt nichts, außer dass die Reichen reicher werden.“

Alois Stöger, leitender Sekretär
für Sozialpolitik der Pro-Ge

gesamt mehr Energie im System ist, registriert GeoSphere auch größere Hagelkörner. Denn der ganze Wasserkreislauf ist angekurbelt. Die Folge sind Schadenereignisse, und auch pluviale, durch Starkregen verursachte Hochwasser nehmen zu, wenn der Boden kein Wasser mehr aufnehmen kann.

Hitze tötet

Hitze, also vor allem ab Temperaturen jenseits der 35 oder gar 40 Grad Celsius, sei in Österreich mittlerweile „die tödlichste Naturgefahr“, sagt Olefs: „In vier der vergangenen zehn Jahre gab es bereits mehr Hitze- als Verkehrstote.“ Das sticht auch klar aus dem Hitzemortalitätsmonitoring der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit hervor – mit einer starken hitzebedingten Übersterblichkeit. „Das wird weiter zunehmen“, fürchtet er.

Brennend heiße Tage, an denen der Asphalt auf Gehsteigen Blasen bildet, und Tropennächte, in denen die Temperatur nicht mehr unter 20 Grad Celsius absinkt, haben nicht nur Auswirkungen auf unser Wohlbefinden, sondern sind Ursache für Schlafstörungen, besonders in Ballungsräumen.

Drastischer Leistungsabfall

Enorme Hitze hat Effekte auf unsere Leistung. Der Grazer Professor Karl Steininger, ebenfalls am Wegener Center für Klima und Globalen Wandel, hat die Veränderung der Produktivität von Beschäftigten durch Hitze untersucht. So verursacht der Klimawandel im Zeitraum 2016 bis 2045 Produktivitätsverluste von bis zu rund 40 Millionen Euro pro Jahr und im Zeitraum von 2036 bis 2065 sogar von bis zu rund 140 Millionen Euro jährlich. Laut Steininger ist der Großraum Wien besonders betroffen – sowohl an Einzeltagen als auch im jährlichen Durchschnitt. Bei Menschen, die unter freiem Himmel schwer körperlich arbeiten, sieht Steininger „eine Abnahme der Leistungsfähigkeit um bis zu 70 Prozent“. In Regionen wie St. Pölten, Linz-Wels, der

Oststeiermark und Graz rechnet Steininger an heißen Einzeltagen mit einem Abfall der Leistung in der Größenordnung von 40 Prozent.

Steininger bringt ein Beispiel: Wenn die Leistungsfähigkeit sinkt, nimmt auch die Produktivität in einer Fahrzeugproduktion ab, weil Beschäftigte etwa aufgrund von Hitze in Krankenstand gehen müssen. So kann die Herstellung eines Fahrzeugs länger dauern. Dann werden Autos teurer. Und am Ende pflanzt sich die geringere Produktivität fort, sodass auch andere Sektoren teurer einkaufen müssen.

Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Auch abseits der Produktivität hat ein sich änderndes Klima Auswirkungen auf die Wirtschaft. So wirken sich Trockenheit und Hitze auf die Land- und Forstwirtschaft aus. Beim Forst leiden Baumarten wie die Fichte längst an Trockenstress. Hohe Temperaturen und wenig Niederschlag haben im Jahr 2018 zu geradezu paradiesischen Zuständen für Borkenkäfer gesorgt. 5,2 Millionen Kubikmeter Holz fielen den Schädlingen allein 2018 zum Opfer. Aufgrund der Trockenheit können sich die Bäume nicht mehr gegen die Käfer wehren.

Auch wenn Österreichs Waldfläche momentan noch wächst: Durch den Anstieg von Schadholzmengen kann der Wald als Kohlenstoffspeicher wanken. Das Verbrennen von Biomasse beurteilt der Ökonom Schleicher jetzt schon als „heikel, weil wir an eine kritische Grenze gekommen sind und die Wälder nicht mehr die CO₂-Senke sind, die sie einmal waren“.

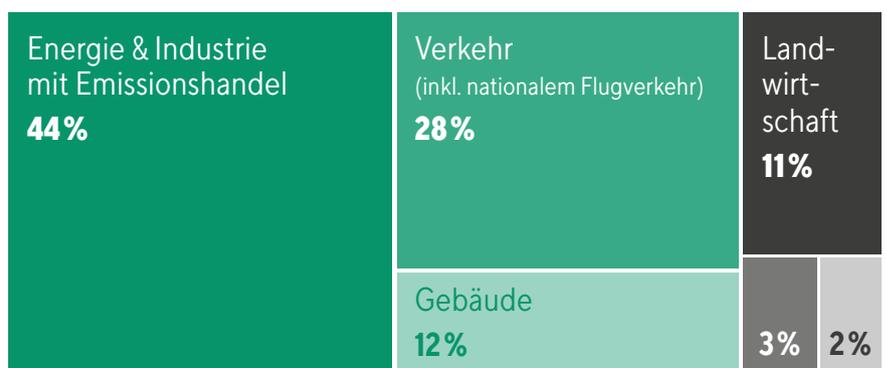
Österreich wird in Zukunft also klimafitte Baumarten auspflanzen müssen – die schon jetzt bereit für Österreichs künftiges Klima sind und sich schon in klimatisch vergleichbaren Gegenden bewähren.

Gravierende Auswirkungen

Auf die Wirtschaft hat der Klimawandel gravierende Auswirkungen. So bedeuten weniger Schneefälle weniger Wasserkraft. „Das bekommen wir jetzt schon heftig zu spüren“, sagt der Wirtschaftsforscher Stefan Schleicher. Der Grund: „Die erneuerbare Wasserkraft wird erheblich weniger. Die einst gute Basis geht uns langsam verloren.“ Auch wenn der Ausbau der Photovoltaik zum Teil stark zunimmt (während der Ausbau der Windkraft schwächelt), bleibt der Anteil der erneuerbaren Energien in Österreich konstant bei rund 30 Prozent. Den nächsten Schub erwartet Schleicher erst

Treibhausgasemissionen in Österreich nach Sektoren im Jahr 2021 inkl. Emissionshandel

Quelle: Dashboard Klimadaten, Umweltbundesamt, Nationale Treibhausgas-Inventur



● Abfallwirtschaft ● F-Gase



Gegen die „Hinter-mir-die-Sintflut-Mentalität“ von Unternehmen, deren Produkte aus dem Markt fallen und die dann zusperrern, sieht Alois Stöger die Gewerkschaft in einer zentralen, starken Rolle.

durch das sogenannte Repowering, also wenn kleine Windanlagen vom Netz gehen und durch große ersetzt werden. In der Regel wird die Kapazität dann verdreifacht.

In Summe müssten in Österreich jede Woche drei neue Windturbinen mit einer Leistung von jeweils sechs Megawatt ans Netz gehen. „Doch davon sind wir weit weg.“ Und nur Dachflächen für Photovoltaik zu nützen sei laut Schleicher nicht ausreichend: „Wir müssten Photovoltaikpaneele wie in der Schweiz auch in die Gebäudehülle integrieren.“

Die großen Baustellen

Was für Schleicher vor dem Klima kommt, ist, „dass wir mehr aus Energie herausholen“. Und hier nennt er die Schweiz als Vorbild. „Dort entstehen auf alten Industrieflächen ganz fantastische neue Entwicklungsgebiete.“ Deren Grundidee sei es, die Trennung zwischen Wohn- und Geschäftsgebäuden aufzugeben. Die Durchmischung führe zu kurzen Wegen. Und die Gebäude würden energetisch ausgereizt. Das Ergebnis sei eine hohe Gebäudequalität beim Heizen und Kühlen. Kühl- und Heizenergie werden lokal bereitgestellt, und auch elektrischer Strom wird zu zwei Dritteln

lokal erzeugt. Als Wunderding bezeichnet er „die lokale Geothermie, gekoppelt mit Wärmepumpen. Auch der Mobilitätsbedarf sinkt enorm“, schwärmt Schleicher.

Eine Herkulesaufgabe sei laut Schleicher auch der Umbau der Schwerindustrie: „Das wird sehr schwierig. Weil wir müssen die Emissionen bei der Stahl-, Kunststoff- und Zementproduktion und auch beim Raffinieren von Rohöl sehr stark senken, damit wir zum Beispiel zu emissionsfreiem Stahl kommen.“

Bei diesem Thema geht es, merkt Alois Stöger, leitender Sekretär für Sozialpolitik in der Metallergewerkschaft Pro-Ge, an, „auch um die Demokratisierung der Produktionsprozesse“. Was es brauche, wenn Einkäufer:innen das billigste Produkt suchen und neue Wege entstehen, die zusätzlichen CO₂-Ausstoß verursachen? „Uns als Gesellschaft darf das nicht gleichgültig sein“, sagt Stöger. Und er fordert „ordnungspolitische Maßnahmen durch die Politik oder die Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen in Aufsichtsräten, weil der Markt nichts regelt, außer dass die Reichen reicher werden“, wie Stöger sagt.

So müssen bei einem Produkt, das 500 Kilometer in Europa zurücklegt, mindestens 80 Prozent der Fahrleistung auf der

Schiene erfolgen. Oder es müsse bei der Inbetriebnahme einer gewerblichen Anlage ein Verkehrskonzept geben.

Zurück zum emissionsfreien Stahl: Hier sieht der Wirtschaftsprofessor einen globalen Wettlauf, bei dem „die Schweden, Dänen und Finnen schon viel weiter als wir sind und auch Deutschland stark aufholt: In all diesen Branchen waren wir Technologieführer, sind jetzt aber in der Situation des gefährdeten Nachzüglers.“

Schleicher vermisst in Österreich auch eine „breit geführte Diskussion um das Thema Wasserstoff“. Es sei auch zu wenig, „einige finanzielle Goodies unter dem Titel ‚grüne Transformation‘ zu verteilen. Dafür ist das Budget zwar bis 2030 mit 5,7 Milliarden Euro dotiert. Das ist aber viel zu wenig“, wie er sagt. Die Politik brauche seiner Meinung nach ein neues Selbstverständnis. Sie sollte sich heute als Möglichmacher verstehen, der unterstützend eingreift.

Hinter mir die Sintflut

Auch hier hakt Alois Stöger ein. Er kritisiert das Wirtschaftssystem, „bei dem die Steuerung nur nach Marktprinzipien erfolgt. Und diese sind: Geiz und Geilheit.“

Er kritisiert „große Industriegruppen, die sich ihre klimafreundlichen technischen Neuerungen vom Steuerzahler bezahlen lassen wollen“, und die Grünen, „die glauben, dass man mit einer Marktlogik Umweltschutz machen kann. Da irren sie.“

Denn am Ende der Transformation „bleiben die Arbeiter übrig, weil zum Beispiel in Elektrofahrzeugen keine Zylinderkopfdichtungen aus Aluminium mehr benötigt werden“. Hier sei die Frage zu klären, wie die Neuqualifikation für diese Menschen zusammengebracht werden kann. Und wenn Unternehmen, deren Produkte aus dem Markt fallen, zusperrern müssen, „kann es nicht sein, dass hier mit einer Hinter-mir-die-Sintflut-Mentalität agiert wird. Das müssen wir gewerkschaftlich begleiten.“ ▀

Gesellschaft real bedroht?

Ideologie, Polarisierung, Umverteilung: Warum man den Klimawandel auch als soziales Phänomen begreifen muss. Ein Gastkommentar von Hans Volmary, Institut für Multilevel Governance and Development, WU Wien, und Mitautor des Kapitels „Soziale und räumliche Ungleichheit“ im APCC Special Report, 2023.

TEXT HANS VOLMARY

Wie man mit den Folgen der Klimakrise umgehen kann, ist ein öffentlich sehr kontrovers diskutiertes Thema. Auch wenn es trotz eindeutiger wissenschaftlicher Evidenz und bereits real erfahrener Auswirkungen noch immer Menschen gibt, die die Existenz des Phänomens und dessen epochale Bedeutung leugnen, so sind diese fast ausschließlich in einem Spektrum sehr weit rechts der politischen Mitte zu finden. Innerhalb der breiten Masse, die die Klimakrise als reale gesellschaftliche Bedrohung versteht, existiert jedoch eine Vielzahl an theoretischen und ideologischen Positionen. Daraus ergibt sich, dass bei den entsprechenden Lösungsvorschlägen grundlegend verschiedene Schwerpunkte gesetzt werden und es auch hier zu heftigen Konflikten kommt. Ein Beispiel für solch fundamental divergierende Positionen wäre auf der einen Seite das von Wirtschaftsliberalen propagierte „grüne Wachstum“, das mehr oder weniger einer Logik des „Business as usual“ folgt. Auf der anderen Seite gibt es Gruppierungen wie die „Letzte Generation“ oder „Extinction Rebellion“, die für eine grundlegende Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft argumentieren – in letzter Konsequenz also ein Ende des Kapitalismus einfordern.

Polarisierter Diskurs

Ein wichtiger Aspekt wird in diesem polarisierten Diskursklima unzureichend behandelt: Der Klimawandel ist nicht ausschließlich ein technologisches oder naturwissenschaftliches, sondern auch ein soziales Phänomen. Das heißt nicht, dass die unserer Wirtschaft

zugrunde liegende, von fossilen Brennstoffen abhängige Produktionsweise nicht dringend technologischer Innovationen bedarf. Es ist jedoch nicht die einzige Stellschraube einer sozial-ökologischen Transformation. Zum einen braucht es für die Umsetzung einer solchen Transformation politische Mehrheiten. Das heißt, es ist unrealistisch, dass eine technokratische Elite Klimapolitik gegen den Willen der Mehrheit der Gesellschaft umsetzen kann. Zum anderen wird bei einer genauen Betrachtung der sozialen Dimension deutlich, dass die Klimakrise „uns alle“ betrifft (manche Bevölkerungsgruppen deutlich stärker als andere), jedoch nicht von „uns allen“ im gleichen Ausmaß verursacht wird. Das Gegenteil ist der Fall, und auf diesen letzten Punkt möchte ich kurz etwas genauer eingehen.

Luxus Weltuntergang

Global gesehen haben die reichsten Haushalte, also die einkommens- und vermögensstärksten Gruppen, einen Großteil der globalen CO₂-Emissionen der letzten 30 Jahre verursacht. Zwischen 1990 und 2015 verursachten die reichsten 10 Prozent über 52 Prozent der globalen Gesamtemissionen, das reichste Prozent noch immer ca. 15 Prozent (!). Auch in Österreich emittieren die reichsten 10 Prozent der Haushalte mehr als viermal so viel CO₂ wie die ärmsten 10 Prozent der Haushalte und mehr als doppelt so viel wie der Medianhaushalt. In der Umweltökonomie wurde dieser Zusammenhang bereits umfassend erforscht, und es zeigt sich, dass ein Teil dieser Emissionen auf den Konsum von sogenannten Luxus-

gütern zurückzuführen ist. Das schließt die auch im öffentlichen Diskurs kritisch behandelten Privatjets, Yachten und Fuhrparks an Luxuskarossen mit ein. In Österreich ist das Mobilitätsverhalten auch tatsächlich der zweitwichtigste Faktor im Zusammenhang mit konsumbedingten CO₂-Emissionen. Der wichtigste Faktor in diesem Zusammenhang sind jedoch exzessive Wohnflächen, da jeder zusätzliche Quadratmeter auch beheizt werden muss. Die jahrelange Politik der Eigenheimförderung in suburbanen Räumen stellt eine klimabewusste Wohnpolitik hier vor größere Probleme. Es zeigt sich außerdem, dass Konsum den mit Abstand größten Einfluss auf verschiedenste weitere Umweltindikatoren wie z. B. Luftverschmutzung oder Biodiversität hat.

Reichtum an CO₂

Ein weiterer, in der Öffentlichkeit oft weniger ausführlich diskutierter Aspekt sind die Veranlagungen großer Vermögen. Durch Investitionen auf dem Kapitalmarkt in beispielsweise Automobilkonzerne oder Ölunternehmen entstehen umfassende indirekte Emissionen. Zum Zweck der gewinnbringenden Kapitalanlage für sehr wohlhabende Individuen werden also die klimaschädigenden Geschäftsmodelle dieser Unternehmen großzügig finanziert. Um dem entgegenzuwirken, bräuchte es eine umfassende Reformierung des Finanzsystems, die über den symbolischen Charakter sogenannter „ESG-Kriterien“ (Environmental, Social and Governance; übersetzt: Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) bei Investitionstätigkeiten hinausgeht. Angesichts der nach wie vor massiven staatlichen Subventionen der Automobilbranche oder der Erdölindustrie erscheint eine solche Reform jedoch in weiter Ferne. Zusammenfassend lässt sich also ein grundsätzlicher Zusammenhang zwischen Reichtum, Einkommen und Konsum und daraus entstehenden CO₂-Emissionen ableiten.

„In Österreich emittieren die reichsten 10 Prozent der Haushalte mehr als viermal so viel CO₂ wie die ärmsten 10 Prozent.“

Hans Volmary

Sozial Sinn machen

Aus zwei Gründen ergibt sich hieraus ein dringender Handlungsbedarf für die Politik: Zum einen ist das emissionsintensive Verhalten der reichsten Haushalte ein Problem für effektive Klimapolitik – nicht zuletzt auch aufgrund der politischen Einflussnahme dieser



Wenig diskutiert, so Hans Volmary, ist die Finanzierung klimaschädigender Geschäftsmodelle über die gewinnbringende Kapitalanlage großer Vermögen.

Akteur:innen. Zum anderen ist diese Verteilung der Ursachen und Folgen schlicht ungerecht. Aus der eingangs erwähnten Diversität an Positionen ergeben sich jedoch auch in diesem Politikfeld verschiedenste Lösungsansätze. Ich plädiere an dieser Stelle für die Bereitstellung von sozial-ökologischen öffentlichen Infrastrukturen. Studien zur umverteilenden Wirkung verschiedener Klimapolitiken zeigen, dass diese eine deutlich größere umverteilende Wirkung entfalten als marktbasierende Instrumente wie eine „angemessene“ CO₂-Bepreisung. Das liegt daran, dass im Angesicht von Ressourcenknappheit nur bereitgestellter öffentlicher Konsum tatsächlich „für alle“ verfügbar sein kann. Plakatativ ausgedrückt: Private Gärten für jeden Haushalt sind utopisch. Ein Zugang zu öffentlichen Parks für die gesamte Bevölkerung ließe sich dagegen umsetzen und würde nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus sozialer Sicht Sinn machen.

Ein solcher Fokus auf die Ungleichheitsdimensionen des Klimawandels kann auch helfen, die Scheinheiligkeit mancher politischer Forderungen aufzuzeigen. Das Beispiel der Energiekrise zeigt dies sehr illustrativ. Wieso sollten einkommensschwache Familien in ihren kleinen Wohnungen bei 18 Grad frieren und nur noch kalt duschen, während die Reichsten der Bevölkerung Unmengen mehr an CO₂ emittieren und sich in ihrer Lebensweise höchstens marginal einschränken? Aufgabe der Politik sollte es eben nicht sein, Appelle an „uns alle“ zu richten, sondern eine Politik „für alle“ zu machen – also Rahmenbedingungen zu schaffen, die verhindern, dass es zu den hier beschriebenen eklatanten Ungleichheiten kommen kann. ▀

Im Land der Planlosen

Mit seiner schleißigen Politik wird Österreich die Klimaziele nicht erreichen. Die Regierung muss endlich in die Gänge kommen, Maßnahmen fixieren und Verantwortliche benennen. Dem Klimaschutzgesetz kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

TEXT MELANIE STRANSKY

Die Ausgangslage lässt nichts Gutes erahnen. Österreich hat sich dem Ziel verschrieben, bis 2040 klimaneutral zu sein. Als EU-Mitglied ist das Land zudem verpflichtet, vorgeschriebene Klimaziele verbindlich zu erreichen (siehe Kasten). „Doch Ziele sind das eine, die klimapolitische Realität ist eine andere“, wie Claudia Kettner-Marx vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) betont. Und so sieht es in Wirklichkeit aus: Tatsache ist, dass Österreich seit mehr als zwei Jahren de facto ohne Klimaschutzgesetz dasteht. Das heißt, es gibt zwar eines, aber da tut sich nichts. Denn seit 1. Jänner 2021 (!) konnte sich die Regierung bisher nicht auf neue Regeln einigen, die dafür sorgen, dass Österreich bis 2030 seinen CO₂-Nettoausstoß halbiert und 2040 auf netto null bringt. Bereits davor galt das Klimaschutzgesetz als zahnloser Papiertiger, denn bei Verfehlungen drohten keine Konsequenzen, sondern lediglich ein Bericht.

Tatsache ist auch, dass die Emissionen von Treibhausgasen wieder steigen: 2021 im Vergleich zum Pandemiejahr 2020 um 4,9 Prozent. In absoluten Zahlen sind das gesamt 77,5 Millionen Tonnen CO₂, um 3,6 Millionen Tonnen mehr als 2020. Das Klimaministerium kommentierte dies mit „erwartungsgemäß“.

Auf der Kriechspur

Macht Österreich in diesem Tempo weiter, wird es nach Berechnungen des Climate Change Centre Austria der Uni Graz sein CO₂-Budget – die Menge an Treibhausgasen, die uns zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens noch zur Verfügung stehen – im Jahr 2025 überschritten haben.

Die Kernfrage ist also: Kann Österreich die Klimaziele mit dieser Klimapolitik erreichen? Drei von Arbeit&Wirtschaft befragte





Klimaschutz muss man sich leisten können: „Geringverdiener:innen trifft das besonders hart, und sie müssen geschützt und unterstützt werden“, sagt Claudia Kettner-Marx.

Expert:innen beantworten diese Einstiegsfrage wie folgt: „Die kurze Antwort ist Nein“, sagt Christoph Streissler, Klimaexperte der AK Wien. Dem schließt sich Joel Tölgyes, Ökonom beim Momentum Institut, mit einem „Nein, keinesfalls“ an. „Mit dem aktuellen Tempo wird sich das nicht ausgehen“, zieht Claudia Kettner-Marx, WIFO, ihr negatives Fazit.

Apropos Tempo: Das bedeutet hier in diesem Zusammenhang, mit vollem Tempo im politischen Prozess, jedoch auf der Autobahn langsamer als bisher unterwegs zu sein. Der CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors ist in Österreich im Verhältnis zur Bevölkerungszahl am zweithöchsten in der EU, wie eine VCÖ-Analyse auf Basis von Eurostat-Daten aus 2021 zeigt. „Hier fühlt sich niemand wirklich verantwortlich“, sagt Tölgyes. Dabei gilt die

„Österreichs Klimapolitik erinnert an einen Tanker ohne Kapitän.“

Joel Tölgyes

Reduktion der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von 130 auf 100 km/h, auf Freilandstraßen von 100 auf 80 km/h und auf Straßen ohne Vorrang im Ortsgebiet von 50 auf 30 km/h als eine der Kernmaßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Im Vergleich zum Referenzjahr 2019 würde das eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 10 Prozent oder um 2,4 Millionen Tonnen pro Jahr bedeuten. Das stellt volkswirtschaftlich eine der

effektivsten Maßnahmen für den Klimaschutz dar. „Tempolimits bringen viel und kosten nichts“, sagt Tölgyes. Gesetze allein seien aber nicht genug, „ein Paradigmenwechsel in der öffentlichen Meinung muss her“, wie Christoph Streissler betont. „Wir müssen so weit kommen, dass Schnellfahren nicht mehr als Symbol von Freiheit gilt.“

Mehrfachstrategien

Wobei beim Klimaschutz gilt: Eine Maßnahme allein macht das Kraut nicht fett. Es muss auf mehreren Ebenen angesetzt werden: Im Gebäudesektor sind das etwa die wärmetechnische Sanierung und der Wechsel auf ein klimaneutrales Heizsystem, im Verkehr sind das Tempolimits sowie der Ausbau des Rad- und öffentlichen Verkehrs. Nicht zu vergessen den Öffi-Ausbau für Pendler:innen: Studien darüber, wo die Hotspots des Pendlerverkehrs in der Ostregion Österreichs liegen und welche Achsen ausgebaut werden müssen, liegen vor.

„Fast ein Drittel der CO₂-Emissionen Österreichs entstehen durch den Verkehr. Das ist beträchtlich, und hier liegen folglich große Potenziale der Einsparung“, betont auch Verkehrsexpertin Beatrix Czipeitits. Entscheidend dafür, dass noch mehr Menschen vom Pkw auf die Öffis umsteigen, sind insbesondere Lösungen für die sogenannte „Last Mile“ – das letzte Teilstück zwischen Bahnhof, U-Bahn-Station, Bus- oder Straßenbahnhaltestelle und der Haustür. „Das halte ich für den Schlüssel, dass noch mehr Menschen diesen Shift machen und sich die Mobilität Richtung Klimaneutralität positiv weiterentwickelt“, sagt Czipeitits. Hier bieten sich insbesondere On-Demand-Lösungen wie Sammeltaxis an, die per Anruf oder App bestellt werden und die Lücke zwischen dem Öffi-Netz und der Haustür schließen.



Auf die Frage, wer durch die Klimapolitik gewinnt und wer verliert, antwortet Christoph Streissler: „In der Klimakrise sind alle Verlierer:innen, doch manche mehr als andere, und es ist eine wichtige Verteilungsfrage, wer die Kosten trägt.“

Nichts ist konkret, niemand verantwortlich

Die Temperaturen steigen, und Österreichs Klimagesetz liegt auf Eis. Zwar braucht es für Klimaschutz nicht unbedingt ein Klimaschutzgesetz, doch jedes Ziel benötigt eine Strategie und einen Plan, wie es erreicht werden soll. Ohne österreichisches Klimaschutzgesetz fehlt das. Die Klimaneutralität muss dann quasi im unbemannten Blindflug erreicht werden – oder wie Tölgyes es formuliert: „Österreichs Klimapolitik erinnert an einen Tanker ohne Kapitän.“

Ohne Klimaschutzgesetz wird das nichts, darin sind sich die Expert:innen einig. „Die Frage ist: Wie schaffen wir es, Österreichs Klimakurs bestmöglich zu koordinieren?“, betont Christoph Streissler. Wichtig sei es, eine Strategie zur Erreichung der Klimaziele zu entwickeln und diese in konkrete Maßnahmen zu gießen. Und im föderalen Österreich natürlich unerlässlich: die glasklare Aufteilung zwischen Bund und Ländern (und Gemeinden), wer wofür zuständig und verantwortlich ist.

Parallel müssen die Klimaziele nach den großen Sektoren Energie und Industrie (außerhalb des EU-Emissionshandels), Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft genau festgelegt werden. Das Klimaschutzgesetz, dessen Fehlen von vielen Umwelt-NGOs beklagt wird, sollte genau diese Aufteilung festschreiben. „So, wie im Moment Klimapolitik gemacht wird, werden wir schon an den Zielen für 2030 scheitern. Und das wird teuer“, sagte jüngst der renommierte Klimaexperte Reinhard Steurer in einem Interview mit dem Standard.

Das wird teuer

Verbindlichkeit ist hier das Zauberwort, folglich müssen Verfehlungen der Teilziele sanktioniert werden. Dabei geht es ja nicht zuletzt um viel Geld, denn sollte Österreich bis 2030 zu viel Emissionen in die Atmosphäre abgegeben haben, werden Strafzahlungen

in Form von europäischen Emissionszertifikaten fällig. Das wird in die Milliarden gehen, und ohne Teilverantwortlichkeit müssten dann alle Steuerzahler:innen dafür aufkommen. Die Kosten für die Übertretung würden also vergesellschaftet werden.

Ein vernünftiges Klimaschutzgesetz hingegen würde Konsequenzen für jene Bundesländer oder Ministerien vorsehen, die ihre Ziele nicht erreichen. Sie müssten sich dann stärker an den Zertifikatskäufen beteiligen. Die am EU-Emissionshandel beteiligte produzierende Industrie kann davon ein Lied singen. Luftverschmutzung kommt teuer: Ende Februar 2023 knackte der Preis pro EU-CO₂-Zertifikat erstmals die 100-Euro-Marke.

Es müsste aber auch noch andere Korrekturen geben. Läuft etwa der Verkehrsbereich aus dem Ruder, so wie es nach wie vor der Fall ist, dann müsste man überlegen, wie man genau dort die Emissionen einfängt. Hinzu kommt: In der EU läuft das anders als mit den päpstlichen Butterbriefen im Mittelalter, die eine Befreiung von Fastenregeln gegen Bares vorsahen. Die „EU-Strafzahlungen“ sind kein Freibrief, die Ziele müssen trotzdem erreicht werden.

Gewinner:innen und Verlierer:innen

Gibt es Klimagerechtigkeit? Wer gewinnt, wer verliert durch die Klimapolitik? Streissler: „In der Klimakrise sind alle Verlierer:innen, doch manche mehr als andere, und es ist eine wichtige Verteilungsfrage, wer die Kosten trägt.“

Tatsache ist: Je höher das Einkommen, desto höher der CO₂-Abdruck. Wohlhabende tragen mit ihrem Lifestyle mehr zur Klimakrise bei als weniger Betuchte. Zugleich haben sie mehr Möglichkeiten, sich vor den Konsequenzen des Klimawandels zu schützen. „Das hat man schon im vergangenen Jahr bei diesen enorm hohen Energie-

preisen gesehen. Jene die bereits Wärmepumpe und Solaranlage hatten, waren vor der fossilen Inflation weitgehend geschützt“, so Klimawirtschaftsökonom Gernot Wagner von der New York University im Interview.

Klimaschutz muss man sich erst einmal leisten können. Am stärksten betroffen sind jene, die ein fossiles Heizsystem haben und/oder auf ein Auto angewiesen sind. „Geringverdiener:innen trifft das besonders hart, und sie müssen geschützt und unterstützt werden“, sagt WIFO-Ökonomin Claudia Kettner-Marx. Maßnahmen wie die 100-Prozent-Förderung für den Heizungstausch für einkommensschwache Haushalte gehen in die richtige Richtung.

Andererseits geraten klimaschädliche Förderungen zunehmend in die Kritik. Klimaschädliches Verhalten steuerlich zu fördern sei ein Paradoxon, wie Momentum-Ökonom Tölgyes es nennt. Dauerhaft klimaschädliche Subventionen und Förderungen schlagen mit bis zu sechs Milliarden Euro im Jahr zu Buche.

Gerechter Klimakurs

Die Dekarbonisierung der Wirtschaft wird zudem zu einem tiefgreifenden Strukturwandel führen, der auch Jobverluste nach sich ziehen wird. Zugleich entsteht in anderen Bereichen ein großer Bedarf an Arbeitskräften. Stichwort Elektroinstallateur:in mit Zusatzausbildung für Photovoltaik-Anlagen.

Dieser Transformationsprozess will gut gemanagt und sozial verträglich gestaltet werden. Positiv zu bewerten ist: Es entstehen neue Ausbildungen für Green Jobs. So wird im Waldviertel gerade das erste europäische Klimaschutz-Ausbildungszentrum errichtet. Ab Herbst 2023 startet es mit 250 Ausbildungsplätzen. Die Schwerpunkte der Fachkräfteausbildung liegen in den Bereichen Gebäudetechnik, erneuerbare Energie und E-Mobilität. Hier werden Lehrlinge ausgebildet, Zusatzausbildungen und Umschulungen für Arbeitssuchende angeboten.

Und letztlich wird eine Änderung im Steuersystem notwendig sein, um eine gerechtere Dekarbonisierung und Transformation der Wirtschaft zu finanzieren. „Durch eine Vermögensteuer würden Wohlhabende einen Beitrag zur Ökologisierung des Steuersystems leisten“, wie Tölgyes betont.

Wir haben ja nicht ewig Zeit

Einiges ist passiert, aber es ist zu wenig – und möglicherweise zu spät. Die Zeit drängt, die Klimakrise verschärft sich, und die Klimapolitik hält nicht Schritt. Wichtige Gesetze liegen auf Eis oder stecken im politischen Prozess (siehe Kasten). Je länger zugewartet wird, desto radikaler muss später reduziert werden. Es spricht laut Expert:innen jedenfalls alles dafür, lieber gestern als heute mit echten Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele zu beginnen. „Möglichst breit ansetzen, Maßnahmen auf allen Ebenen – und dann rasch ins Tun kommen“, empfiehlt WIFO-Ökonomin Kettner-Marx. ▀

Klimaschutz auf der Wartebank

Der EU-Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 gibt eine Emissionsreduktion von mindestens 40 Prozent vor – ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität 2050. Österreich will diese bereits 2040 erreichen. Einige Gesetze sind auf den Weg gebracht. Die relevanten befinden sich noch auf der Wartebank.

Beschlussfassung März 2023 im Wirtschaftsausschuss des Nationalrats

- Erneuerbaren-Wärme-Gesetz

Regelt das Einbauverbot von Gasheizungen im Neubau und von 2025 bis 2035 den gestaffelten Ausbau alter Ölheizungen in Bestandsbauten. Bis 2040 sollen alle Gasheizungen entfernt werden, sofern sie nicht mit erneuerbarem Gas betrieben werden.

- Energieeffizienzgesetz

Die alleinige Verantwortung für die Erfüllung der EU-Energieeffizienzvorgaben bis 2030 (Effizienzverbesserung um 32,5 Prozent) liegt in der öffentlichen Hand. Jede Maßnahme kann somit mittels Fördergelder unterstützt werden. Dafür sind im Umweltfördergesetz jährlich 190 Mio. Euro vorgesehen. Energielieferanten spielen keine zentrale Rolle mehr. Die Überwachung der Einhaltung der Ziele soll der E-Control übertragen werden.

Noch keine Gesetzesentwürfe

- Klimaschutzgesetz

Der Zeitplan für ein neues Klimaschutzgesetz ist weiterhin offen. Seit 1. Jänner 2021 konnte sich die Regierung bisher auf keine neuen Regeln einigen. Österreich hat somit seit beinahe 800 Tagen keine gesetzlichen Klimaziele.

- Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz

Laut Ministerratsvorlage bringt es unter anderem eine Verfahrensbeschleunigung für Ökoenergieanlagen, etabliert einen „One-Stop-Shop“ für Bewilligungen, schafft einen bundesweiten Pool von Sachverständigen und sieht eine aktive Energieraumplanung durch Länder und Bund vor. Das Gesetz soll Vorgaben für die Ausweisung von Vorrang- und Eignungszonen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen regeln.

Profitieren vom Weltende

Die Klimakrise ist heute wissenschaftlicher Konsens. Großkonzerne haben das allerdings schon seit Jahrzehnten gewusst und aktiv an der Klimawandelleugnung gearbeitet. Um das zu durchschauen, kommt den Qualitätsmedien eine wichtige Rolle zu.

TEXT ALEXIA WEISS

Was diesen Jänner im renommierten Wissenschaftsjournal „Science“ zu lesen war, macht schlicht wütend: Klimaszenarien des Ölkonzerns ExxonMobil haben bereits ab den 1970er-Jahren die globale Erhitzung als Folge des Verfeuerns fossiler Brennstoffe genau vorhergesagt. In einer gemeinsamen Studie werteten nun Forscher:innen der Universität Harvard und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) die internen Prognosen des Unternehmens aus den Jahren 1977 bis 2003 aus.

„Eine Exxon-Projektion sagte sogar schon 1977 korrekt voraus, dass die Nutzung fossiler Brennstoffe ein ‚kohlendioxidinduziertes Superinterglazial‘ verursachen würde“, so Studien-Koautor Stefan Rahmstorf vom PIK anlässlich der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse. „Das ist eine Warmzeit, die nicht nur viel wärmer ist als alles in der Geschichte der menschlichen Zivilisation, sondern sogar wärmer als die letzte Warmzeit vor 125.000 Jahren.“

Durch den unaufhörlichen Ausstoß von Treibhausgasen sind wir heute schon weit auf dem Weg dorthin.“

Verschweigen und vertuschen

Wie reagierte Exxon auf diese internen Erkenntnisse? Gar nicht. Viel mehr noch: Das Unternehmen fuhr über Jahrzehnte Kampagnen, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Nutzung fossiler Brennstoffe und dem Klimawandel gäbe.

„Das Verleugnen der Klimakrise ist speziell in der Fossilindustrie ein großes Thema“, sagt dazu Reinhard Steurer, Professor für Klimapolitik an der Universität für Bodenkultur in Wien. Die großen Öl- und Gasfirmen würden hier bewusst einen natürlichen Abwehrmechanismus bei Menschen aktivieren. Bei schlechten Nachrichten nähern sich viele Personen erst langsam der Realität. Ein



Beispiel: Mit einem Todesfall konfrontiert, reagieren viele Angehörige zunächst mit einem „Nein, das kann nicht sein“. Ähnlich sei es mit der Klimakrise, ohne zu bemerken, dass unsere Zivilisation auf ein stabiles Klima angewiesen ist. „Unternehmen wie Exxon schüren Krisen-Verleugnung bewusst, indem sie falsche Informationen streuen.“

Aber nicht nur Energiekonzerne agieren so. „Die Autoindustrie in Deutschland hat noch bis vor Kurzem behauptet, Autos mit Verbrennungsmotor seien klimafreundlicher als das Elektroauto“, so Steuerer. Verbreitet werden Informationen wie diese gerne über Studien, Steuerer spricht hier von „Pseudo-Studien“, und diese fallen auf fruchtbaren Boden. „Autofahrer:innen haben dann kein schlechtes Gewissen mehr, das E-Auto ist ja eh nicht besser. Man füttert also das, was viele Konsument:innen hören wollen. Lobbyist:innen gehen damit sehr geschickt um.“

Journalist:innen in der Pflicht

Steurer nimmt, um hier gegenzusteuern, vor allem den Journalismus in die Pflicht. „Journalist:innen sollten nur über seriöse Studien berichten und nicht über solche, die einen offensichtlichen Interessenhintergrund haben. Ja, oft ist der Hintergrund von Studien gut getarnt, aber das muss man genau prüfen. Hier ist Qualitätsjournalismus gefragt.“

Doch so leicht sei es auch für Journalist:innen nicht zu eruieren, wie seriös eine Studie ist, hält dem der Medienwissenschaftler Fritz Hausjell entgegen. Abgesehen von unterbesetzten Redaktionen und einer Flut an Informationen, die zu verarbeiten sei, kämen solche Studien oft über Kanäle zu Journalist:innen, die die Herkunft verschleiern. „Es kann beispielsweise sein, dass solche Studien von der Politik lanciert werden.“ Abhilfe schaffen könnte hier nur ein Transparenzregister, in dem nicht nur Medienvertreter:innen, sondern alle interessierten Bürger:innen rasch abfragen könnten, wer eine Studie in Auftrag gegeben hat und finanziert.

Längst eine Existenzfrage

Zum Wechselspiel zwischen Politik und Medien merkt Steuerer zudem an: Es sei in einigen österreichischen Medien immer noch so, dass der Kampf gegen die Klimakrise als grünes Projekt dargestellt werde und man sich hier um Abstand bemühe. „Das ist aber ein Missverständnis. Wir haben es hier längst mit einer Existenzfrage zu tun.“

Ja, es gebe immer Themen, die stärker oder weniger stark mit einer politischen Partei in Verbindung gebracht würden, sagt Hausjell. In Sachen Klimawandel sei aber inzwischen wissenschaftlich untermauert, „dass es nicht nur ein grüner Kassandraruuf ist“. Er sieht umgekehrt die Politik in der Pflicht, durch eine umfassende Journalismusförderung Qualitätsjournalismus zu unterstützen. Dass vor allem den Printmedien Werbeeinnahmen wegbrechen, ist



Kritisch sieht Reinhard Steuerer die mediale Darstellung der Klimakrise als grünes Projekt: „Das ist ein Missverständnis. Wir haben es hier längst mit einer Existenzfrage zu tun.“

inzwischen hinlänglich bekannt. „Die klassischen Medien haben in den vergangenen 15 bis 20 Jahren versucht, dem mit einer großzügigeren Behandlung von Werbekund:innen zu begegnen, indem man ein entsprechendes publizistisches Umfeld bietet.“ Ein Beispiel sind hier etwa Motorseiten. „Ich habe das immer kritisiert, weil das am Ende den Journalismus ruiniert“, betont Hausjell. Wenn ein Unternehmen unsaubere Geschäfte mache, müsse darüber berichtet werden können. Das führe dann vielleicht zu Anzeigenboykotten. „Dem sollte der Journalismus solidarisch begegnen, indem solche Boykotte öffentlich gemacht werden. Das schadet dann den betroffenen Firmen.“

Profund statt PR

Um Qualitätsjournalismus zu fördern, brauche es also eine entsprechende Medienpolitik. Derzeit passiere das Gegenteil, die Regierung flute zudem ihre Social-Media-Kanäle, auch das eine massive Konkurrenz für klassische Medien. Gleichzeitig würden so die Medien durch ständig neue Themensetzungen getrieben. „Und diese mediale Parallelwelt wäre nicht so üppig, würde es nicht so viele Ressourcen von Regierungsseite geben.“

Hier spricht sich Hausjell für einen Bildungs- und Bewusstseinsprozess im Journalismus aus, der Mut zur Lücke propagiert. Um nicht nur auf von außen gesteuerte Anregungen wie eben unter anderem auch lancierte PR-Studien zu reagieren, bräuchten Journalist:innen Zeit, um eigene Themen zu finden. Nur so könne man die Rolle als vierte Gewalt im Staat gut ausfüllen. Diese Kontrollfunktion ist übrigens nicht nur für den Kampf gegen den Klimawandel wichtig. Sie ist auch eine wichtige Säule für die Demokratie insgesamt. ▀

100 JAHRE

Arbeit&Wirtschaft

100 Jahre Arbeit&Wirtschaft – 100 Jahre Zeitgeschichte. Wir wollen zum hundertsten Geburtstag der Arbeit&Wirtschaft auf die vergangenen Jahrzehnte zurückblicken und zeigen, was sich wirtschaftlich und politisch in den letzten Jahrzehnten getan hat. Ein Blick auf die wichtigsten wirtschaftlichen Ereignisse und die herausragenden Redakteur:innen der Arbeit&Wirtschaft.

„In der Sozialpolitik ist ein Umbau und Neuaufbau im Gange, der sich auf alle Zweige dieses komplizierten Gebietes der Gesetzgebung und Verwaltung erstrecken muß.“

Karl Mantler, A&W, Nr. 1/1947



Die Gründung des ÖGB und die Wiedergründung der AK

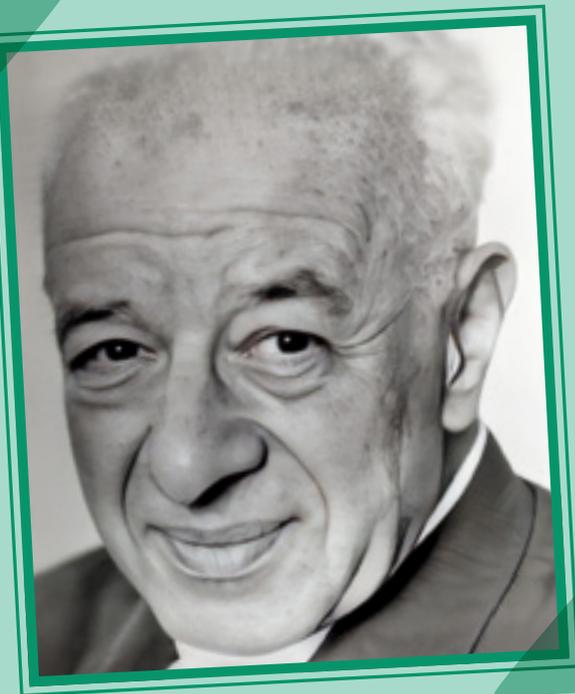
Im April 1945, während in Wien noch die letzten Kampfhandlungen stattfanden, gab es die ersten Gespräche zur Gründung eines überparteilichen Gewerkschaftsbundes. Auf der Vertrauensleutekonferenz am 15. April 1945 wurde die Gründung beschlossen. Ebenfalls im Jahr 1945 wurden die Arbeiterkammern wiedererrichtet.

© ÖGB Archiv

WIRTSCHAFTSHISTORISCHER ABRISS

Zuversicht trotz Not und Bitternis

Der Zweite Weltkrieg hatte in weiten Teilen des Landes und in der Wirtschaft seine Spuren hinterlassen. Es fehlte an Kohle und Strom, Nahrungsmitteln, Bekleidung und Medikamenten. Noch 1947/48 mussten die Menschen, so der damalige ÖGB-Präsident Johann Böhm, „wie schon so oft vorher, in ungeheizten Stuben vor ungedeckten Tischen“ feiern. 1946 verteilte der ÖGB Arbeitsschuhe an Arbeiter:innen und Angestellte. Mithilfe der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) wurde durch Lieferungen von Lebensmitteln und Saatgut die unmittelbare Not gelindert. Entscheidend für den Wiederaufbau war die Marshallplanhilfe (European Recovery Programme). Durch diese Hilfsprogramme, die Preis- und Lohnabkommen und die Schaffung einer stabilen Währungsordnung wurde die Wirtschaft wieder in Gang gebracht. Mit dem Kollektivvertragsgesetz 1947 konnten wieder Kollektivverträge abgeschlossen werden. Die politische Lage stabilisierte sich, der Abschluss des österreichischen Staatsvertrages ließ allerdings noch auf sich warten.



Otto Leichter 1897–1973

Der Sozialist und Journalist leitete zwischen 1924 und 1934 die Wirtschaftsredaktion der „Arbeiter-Zeitung“. 1934 flüchtete er und war in der Illegalität tätig. 1938 flüchtete Otto Leichter erneut. Nach seiner Rückkehr aus den USA war Leichter zwischen 1947 und 1948 als Redakteur der „Arbeit und Wirtschaft“ tätig.

„Das Problem der Mitbestimmung im Betrieb und in der Gesamtwirtschaft ... darf nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, bis es gelöst ist. Der österreichische Gewerkschaftsbund wird zur Erreichung dieses Zieles seine ganze Kraft einsetzen.“

Stefan Wirlandner, A&W, Nr. 9/3.



Der Schuharbeiter:innenstreik 1948

Am 3. März 1948 wurde in den Schuhbetrieben Österreichs die Arbeit niedergelegt. Der Streik dauerte bis 3. Mai 1948. Ziel war es, die Aufnahme von neuen KV-Verhandlungen zu erreichen. Ergebnis waren ein neuer KV und Arbeitszeitregelungen. Am 3. Mai, also nach mehr als 60 Tagen, wurde die Schuhproduktion wieder aufgenommen.

Wilhelmine Moik 1894–1970

Moik trat mit 18 Jahren der Gewerkschaft bei und war ab 1921 für die gewerkschaftliche Organisation von Frauen tätig. Im Austrofaschismus und Nationalsozialismus wurde

Moik mehrfach verhaftet. Von 1945 bis 1963 war sie Mitglied des Nationalrats, ab 1951 ÖGB-Frauenvorsitzende – und sie schrieb unter anderem für die Arbeit&Wirtschaft.



„Klimaschutz ist ein Marathon“

Wie viele Kilometer wir noch vor uns haben, wie eine sozial gerechte Ausgestaltung der Energiewende zu leistbaren Preisen aussieht und wo aus ihrer Sicht die Baustellen sind, erklärt Klimaschutzministerin Leonore Gewessler im Gespräch.

INTERVIEW EVA WINTERER, ALEXANDER FOGGENSTEINER

Nur noch 17 Jahre bis zur ausgerufenen Klimaneutralität. Sind wir in Österreich auf einem guten Weg?

Wir haben vor drei Jahren in Österreich eine Aufholjagd im Klimaschutz gestartet, und seither wurde eine Vielzahl von Klimaschutzgesetzen auf den Weg gebracht: vom Klimaticket bis zum Pfand, vom Erneuerbaren-Ausbau über den Bahnausbau bis hin zu Öffi-Rekordbudgets. Für 2022 sehen wir, dass die Emissionen zurückgegangen sind, und das erwarten wir auch für 2023. Aber wir sind noch längst nicht fertig, denn Klimaschutz ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Das heißt, wir brauchen die Dynamik, die wir jetzt gestartet haben, jedes Jahr bis 2040 – damit Österreich 2040 stolz sein kann, ein klimaneutrales Land zu sein, in dem die Menschen gut leben können.

Der APCC Report sagt, dass einkommensstarke Haushalte überproportional verantwortlich sind für den steigenden CO₂-Ausstoß. Ist der Klimawandel möglicherweise die größte Verteilungsfrage aller Zeiten?

Wir müssen uns bewusst sein, dass die Klimakrise Menschen unterschiedlich betrifft. Wir sehen das jetzt schon im globalen Maßstab. Länder und Menschen, die am wenigsten dazu beigetragen haben, dass

wir jetzt in dieser Situation sind, sind die, die am meisten darunter leiden. Und das gilt natürlich auch innerhalb reicher Gesellschaften des globalen Nordens. Auch dort ist die Betroffenheit von den Auswirkungen der Klimakrise unterschiedlich groß. Aber umgekehrt sind auch die Möglichkeiten unterschiedlich, wie man entweder sich selbst schützen oder auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Klimaschutz heißt Veränderung hin zu einer besseren Zukunft. Den Slogan der europäischen Klimaschutzpolitik „Leave no one behind“, also niemanden zurücklassen, müssen wir konstant mit Leben

erfüllen. Dazu ein Beispiel aus Österreich: Heizungen, die mit fossilem Gas oder mit Öl betrieben werden, sind eine Kostenfalle und schlecht fürs Klima. Aber gerade einkommensschwache Haushalte haben nicht das Investitionskapital, um zu sagen: Ich tausche jetzt meine Heizung aus und baue stattdessen eine neue, klimafreundlichere und günstigere Heizung ein. Aus diesem Grund haben wir mit den Bundesländern eine Förderung auf den Weg gebracht, die einkommensschwachen Haushalten bis zu 100 Prozent der Kosten für den Heizungstausch ersetzt. Damit wollen wir sicherstellen, dass alle Teil der Lösung sind und diese Entwicklung hin zu mehr Klimaschutz auch mitmachen.

Das sind sehr viele Einzelmaßnahmen, aber wir brauchen einen großen Plan. Viele Menschen sind verzweifelt, weil sie sich die Energie-Voraus- und -Nachzahlungen nicht mehr leisten können. Was können wir also tun?

Einerseits müssen die Menschen in der aktuellen Krise der fossilen Energien unterstützt werden, sodass sie mit ihrem Geld auskommen. Die Inflation ist getrieben von hohen Gaspreisen. Wir haben im vergangenen Jahr eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg



LEONORE GEWESSLER

Geb. 1977 in Graz, von 2014 bis 2019 Geschäftsführerin von Global 2000. Seit 2020 ist sie Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

gebracht: den Antiteuerungs- und Klimabonus, den Heizkostenzuschuss, die Indexierung der Sozialleistungen, die Abschaffung der kalten Progression sowie Maßnahmen wie den Wohnschirm aus dem Sozialministerium. Und wir werden auch weiter, wo es notwendig ist, nicht nur hinschauen, sondern hingreifen und unterstützen.

Damit die Preise für Konsument:innen sinken?

Ja, und da kommen der Klimaschutz und die Energiewende ins Spiel. Es ist völlig klar, dass der Weg raus aus dieser Abhängigkeit, raus aus dieser Preistreiberei, aus der Erpressbarkeit durch Russland, die erneuerbaren Energien sind. Wir müssen jetzt in die Zukunft, in eine sichere, krisenfestere, günstigere Energieversorgung investieren. Denn die Sonne schickt uns keine Rechnung, Wladimir Putin schon. Und die kommt uns gerade sehr teuer.

Was sagen Sie Mindestpensionist:innen, die die soziale Rezession täglich spüren?

Genau deshalb haben wir Maßnahmen wie die Stromkostenbremse, den Klimabonus, den Heizkostenzuschuss, der über die Bundesländer ausgezahlt wird, und den Teuerungs- und Energiekostenausgleich auf den Weg gebracht. Alle diese Maßnahmen haben vor allem in den unteren Einkommensschichten die Krise abgefedert.

Stichwort Merit-Order-Regel: Das teuerste Kraftwerk bestimmt den Strompreis für alle anderen. Ist das im Sinne der Politik? Denn letztlich bedeutet die Energiewende ja mehr Strom.

Die Strompreisbildung muss sich auf europäischer Ebene ändern. Wir müssen sicherstellen, dass die Menschen in unserem Land schneller und direkter davon profitieren, dass wir jetzt schon einen sehr hohen und vor allem günstigen Erneuerbaren-Anteil – nämlich 75 Prozent – haben. Da Österreich in den europäischen Strommarkt eingebettet ist, brauchen wir dazu die EU. Für Anfang März ist ein Vorschlag der Kom-



Für Anfang März sei ein Vorschlag der Kommission zur Reform der Strompreisbildung angekündigt: Die Erneuerbaren sollen vom Gaspreis entkoppelt werden, betont Gewessler.

mission zur Reform der Strompreisbildung angekündigt: Die Erneuerbaren sollen vom Gaspreis entkoppelt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass günstigere Strompreise durch die Erneuerbaren auch tatsächlich bei den Menschen ankommen. Ganz wichtig ist, dass wir uns von kurzfristigen Preisschwankungen unabhängiger machen.

Stichwort Preis: Muss man regulierend in den Markt eingreifen?

Jeder Markt braucht Regulierung. Die Regeln, innerhalb deren sich der Strompreis bildet, sind Regeln, die vorgegeben sind. Und jetzt geht es darum, diese Regeln zu ändern, weil sie in einer Krise und in einem sich ändernden Stromsystem, wo der Anteil der erneuerbaren Energien höher wird, nicht mehr adäquat sind.

48 Prozent befürworten die Energiewende. Wir haben ja nicht nur eine Energiewende, sondern auch eine Mobilitätswende. Was sind die Pläne für die Zukunft, damit auch das abgesichert ist?

Damit wir den Klimaschutz in der Mobilität schaffen, brauchen wir einen starken Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Davon profitiert der Klimaschutz, denn jeder Kilometer im öffentlichen Verkehr ist ein Kilometer für den Klimaschutz. Und davon profitieren insbesondere einkommensschwache Haushalte, weil diese Menschen öfter im öffentlichen Verkehr unterwegs sind und häufiger kein Auto haben. Deswegen bauen wir auf Bundesebene die Infrastruktur mit Rekordinvestitionen in die Bahn aus. Mit dem Klimaticket haben wir sichergestellt, dass der öffentliche Verkehr leistbar bleibt.

Wie wichtig ist es, dass alle an Bord sind, auch die Unternehmen?

Sehr wichtig! Es kann nur gelingen, wenn alle mit an Bord sind: die Bundesländer, die in den öffentlichen Verkehr investieren, die Gemeinden, die mitmachen auf der letzten Meile, oder die Vereine und auch die Betriebe, die sich überlegen: Wie schaffen wir

es, dass die Mitarbeiter:innen mit Mobilitätslösungen für ihren Weg in die Arbeit unterstützt werden können? Klar ist: Die Menschen müssen sich auf den öffentlichen Verkehr verlassen können.

Fakt ist, dass ungefähr drei Millionen Österreicher:innen keinen adäquaten Zugang zum öffentlichen Verkehr haben ...

Den öffentlichen Verkehr auszubauen ist eine wichtige Basis – aus vielerlei Gründen. Aber wir werden auch 2030, 2040 und 2050 noch Auto fahren. Deswegen sind Beschlüsse auf europäischer Ebene, bei denen es darum geht, beim Pkw auf emissionsfreie Antriebe umzusteigen, für den Klimaschutz besonders wichtig.

„Die Strompreisbildung muss sich auf europäischer Ebene ändern.“

Leonore Gewessler,
Klimaschutzministerin

Soziale Verteilungsgerechtigkeit ist extrem wichtig. Wie können wir es schaffen, dass wir das nicht aus den Augen verlieren?

Die Frage von Gerechtigkeit im Klimaschutz ist eine, die in dieser Debatte auch auf internationaler Ebene von Anfang an dabei war. Soziale Gerechtigkeit muss ein Maßstab sein für Politik. Soziale Gerechtigkeit wird nicht nur ein Ministerium lösen können, sondern das ist genauso wie der Klimaschutz eine Gesamtregierungsaufgabe und eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten im Land. Im Klimaschutzministerium haben wir gerade ein Programm mit der Caritas und der Volkshilfe gestartet: Weißware-Tausch, wo einkommensschwache Haushalte kostenlose Energieberatung erhalten und wenn nötig ein zu 100 Prozent gefördertes neues, energiesparendes Gerät wie einen Kühlschrank oder Herd.

Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit koppeln?

Soziale Gerechtigkeit kann man nicht nur auf den Klimaschutz reduzieren, sondern das betrifft auch die Frage: Wie gestaltet man das Pensionssystem, das Steuersystem, die Arbeitszeiten und die Pflegearbeit, wie schaut die Kinderbetreuung aus? Wir wollen eine starke, solidarische Gesellschaft, die zusammenhält, aber die eben klimafreundlich lebt und klimaneutral produziert, konsumiert und wirtschaftet.

Für 44 Prozent der Emissionen sind Industrie und Energie verantwortlich. Welchen Plan haben Sie hier, um 2040 klimaneutral zu sein?

Die energieintensive Industrie hat gerade einen riesigen Transformationsprozess vor sich: Es braucht vor allem die Betriebe, die in diese Klimaschutzmaßnahmen investieren. Wir haben jetzt Mittel im Budget, um das zu unterstützen.

Und wie wird eine Verbindlichkeit sowohl auf Haushaltsebene als auch bei den Unternehmen hergestellt?

Wir haben die Verbindlichkeit einerseits durch die europäische Klimagesetzgebung. Wir haben in Europa als erstem Kontinent „klimaneutral 2050“ im Gesetzesrang. Das verpflichtet uns als Kontinent und als einzelne Länder. Und wir haben die Regulierung auf europäischer Ebene über den Emissionshandel für die Industrie, den wir gerade noch einmal nachgeschärft haben, damit wir diese Ziele und diesen Pfad auch erreichen: Dazu kommt das „Carbon Border Adjustment“, ein Mechanismus, der sicherstellt, dass die Verbindlichkeiten für die Industrie auch über die Grenzen der EU hinaus wirken. Gerade für Österreich und die österreichische Industrie ist z. B. der Umstieg auf emissionsfreie Mobilität eine wichtige Entscheidung und auch eine große Chance. Die Autozulieferindustrie hat jetzt einen klaren Pfad, eine klare Aufgabe. Das ist wichtig für die Planungssicherheit für die Industrie und für die Planungssicherheit



Soziale Gerechtigkeit kann man nicht nur auf den Klimaschutz reduzieren, sondern das betrifft auch die Frage, wie das Pensionssystem, das Steuersystem, die Arbeitszeiten, die Pflegearbeit und die Kinderbetreuung ausgestaltet werden.

für die Kund:innen. Wir wissen jetzt: Das wird die Zukunft der Mobilität sein. Das ist eine Klimaschutzmaßnahme, bei der wir die Branche als Klimaschutzministerium begleiten. Ganz generell geht es in der Industrie beim Klimaschutz um mehr Energieeffizienz. Es geht darum, dass der Input in der Energie nicht mehr fossile Energie ist, sondern erneuerbare Energie. Aber es geht auch darum, was produziert wird, damit die Produkte klimafreundlich und im besten Fall auch noch kreislauffähig sind.

Stichwort Corporate Social Responsibility. Gibt es da Maßnahmen für Unternehmen?

Klimaschutz ist nicht nur eine technologische Veränderung. Wenn ich von Energie- und Wärmewende spreche, dann geht es um Betriebe und Veränderungen für die Menschen dort. Deswegen sind bei unserem „Just Transition“-Prozess von Anfang an alle Sozialpartner und auch einzelne Unternehmen an einem Tisch gesessen. Denn nur gemeinsam können wir Maßnahmen umsetzen, die sicherstellen, dass Klimaschutz allen gute Zukunftsperspektiven bietet.

Wie lange werden wir brauchen, um unsere Ziele zu erreichen?

Wir haben in den ersten zwei Jahren im Bereich Energie viel gemacht, um sicherzustellen, dass wir von den fossilen Energien wegkommen und von dieser Erpressbarkeit hin zu den Erneuerbaren. Wir haben seit 2020 in Österreich zum Beispiel so viel Photovoltaik zugebaut wie die 20 Jahre davor insgesamt. Diese Maßnahmen wirken. Der nächste Schritt ist der Gebäudebereich: Wir haben das Erneuerbaren-Wärmegesetz, wo es darum geht, die fossilen Energien aus den Gebäuden rauszukriegen und Heizsysteme auf Basis erneuerbarer Energien zu installieren.

Wo sehen Sie den größten Nachholbedarf?

Unser Sorgenkind im Klimaschutz ist die Mobilität. Die klimaschädlichen Emissionen in diesem Bereich haben sich in den vergangenen 20 Jahren um 70 Prozent gesteigert. Deswegen brauchen wir Investitionen in Öffis, eine Aufstockung von Radfahr-Budgets, das Klimaticket, den Bahnausbau. Die Zusammenarbeit mit den Städten ist hier wichtig, damit wir erstmals auch in Städten und Ballungsgebieten gerade für Pendler:innen den Ausbau mitfinanzieren können. Dieser Ausbau von Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr, fürs Radfahren, fürs Zu-Fuß-Gehen, das wird uns sicher weiter beschäftigen.

Wichtig ist aber auch die Industrie.

Der nächste große Schritt ist sicher die Industrie. Die wird auch auf europäischer Ebene eine große Rolle spielen im nächsten Jahr, weil wir da große Umstellungen mit sehr langen Investitionszyklen vor uns haben. Da fallen viele der Entscheidungen, die wir brauchen, damit wir wissen: Bis 2040, 2050 kommen wir mit den Emissionen runter. Deswegen müssen wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen. Wir wollen sicherstellen, dass wir als Europa bei Klimatechnologien vorne mit dabei sind, weil das sind die Arbeitsplätze der Zukunft, da kommt der Wohlstand der Zukunft her, das ist die Wettbewerbsfähigkeit der Zukunft. Und dort müssen wir schauen, dass wir vorne dabeibleiben. Also das ist sicher eine große Aufgabe, die uns dieses Jahr auf europäischer Ebene beschäftigen wird.

Dazu brauchen wir aber auch mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt.

Ja, richtig. Etwa beim Ausbau der erneuerbaren Energien geht es nicht nur um eine technische Änderung, sondern der Prozess umfasst mehr. Das ganze Energiesystem oder auch Jobprofile ändern sich. Der Dachdecker oder die Spenglerin lernt jetzt auch Neues, etwa wie man eine Photovoltaikanlage montiert. Und deswegen fördern wir nicht nur den Ausbau der Erneuerbaren, sondern definieren im „Just Transition“-Aktionsplan ganz genau, was es an Ausbildung, an Weiterbildung und an Unterstützung braucht, damit sich die Arbeitswelt und die neuen Jobprofile auch tatsächlich in Chancen für den Einzelnen im Job umsetzen lassen. Das geschieht alles in sehr guter Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit den unterschiedlichen Branchenvertreter:innen und auch dem ÖGB und der Arbeiterkammer. Wir haben begonnen, Lehrberufe zu überarbeiten und zu definieren, was die Qualifikationen der Zukunft sind.

Danke für das Gespräch! ▶

Volle Bremsenergie für Strompreise?

Mitte März präsentiert die EU ihre Maßnahmen für die Reform des Strommarktes. Kommt nun das Ende der massiven Marktverwerfungen? Kann die Energiewende versorgungssicher, leistbar und verteilungsgerecht gestaltet werden? Eine nüchterne erste Einschätzung von Expert:innen.

TEXT EVA WINTERER

Am Höhepunkt der Energiepreiskrise im August und September 2022 gingen die Strom- und Gaspreise durch die Decke. Die Inflation machte einen weiteren Sprung nach oben. Die Situation war laut Josef Thoman, Energieexperte der Arbeiterkammer Wien, prekär: „Sowohl der Gas- als auch der Stromgroßhandelspreis haben sich vollständig von den tatsächlichen Herstellungskosten entkoppelt. Das führte zu einer noch nie da gewesenen Umverteilung von den Energieverbraucher:innen hin zu den Energieunternehmen.“

Unter dem Eindruck der Ereignisse kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im August 2022 eine langfristige Reform des Strommarkts an. Der Reformvorschlag soll nun am 14. März 2023 präsentiert werden.

Handelt es sich dabei um einen großen Wurf? Josef Thoman konstatiert im Gespräch nüchtern: „Was wir bisher wissen, plant die EU-Kommission nicht mehr als ein Fortschreiben des Status quo.“ Und Vera Wegmann, Expertin am Centre for Research in Employment and Work (CREW) an der University of Greenwich, England, beschreibt den Entwurf zum aktuellen Zeitpunkt als „neuen Wein in alten Schläuchen“.

Energiepolitisch versagt

Ausgangspunkt für die prekäre Situation sind die Liberalisierung des Strommarktes, die damit einhergehende (Teil-)Privatisierung sowie die Einführung von Strombörsen und dem Merit-Order-Prinzip. „In der bereits im Jahr 2021 einsetzenden Energiekrise zeigte sich, dass der liberalisierte Energiemarkt nicht in der Lage ist, die zentralen energiepolitischen Aufgaben – Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Leistbarkeit – zu erfüllen“, meint Thoman. Ganz im Gegenteil: Mangelnde Diversifizierung gefähr-

de die Versorgungssicherheit, marktmächtige Marktakteure trieben die Preise in die Höhe.

Konzerne kassieren

Die Marktliberalisierung brachte nicht mehr Wettbewerb, sondern durch die Trennung zwischen Produktion, Großhandel und Einzelhandel eine immer größere Marktkonzentration. „Diese Trennung von Geschäftsbereichen gab einer Handvoll großer Energieunternehmen die Marktdominanz, indem sie die Energiepreisgestaltung durch die Börsen für sich nutzen“, so Wegmann. Die fatalen Auswirkungen: „Energie ist zu einem Luxusgut geworden. Dabei ist Energie etwas sehr Wesentliches, um überhaupt leben und überleben zu können“, so Wegmann. Zwei Fragen, die sich daraus ergeben: Weshalb wird an einem Marktsystem, das von Anfang an nicht funktioniert hat, festgehalten? Und wer profitiert davon?

Es darf spekuliert werden

Ausschlaggebend für die Energierechnungen von Haushalten und Unternehmen sind die Großhandelspreise von Strom und Gas an den Börsen. Sowohl für den Strompreisindex (ÖSPI) als auch den Gaspreisindex (ÖGPI) wird laut Energieagentur Austria der Handel an der EEX, der europäischen Strommarktbörse, und der PEGAS CEGH Gas Exchange, der Gasmarktbörse, herangezogen. Ein Blick auf die Eigentümerstruktur der Börse EEX AG, über die Strom gehandelt wird, zeigt, dass deren Aktionäre das Who's who der europäischen Energieunternehmen sind. Großaktionär mit einem Aktienanteil von 62,7 Prozent ist die Deutsche Börse AG, weitere Aktionäre sind neben den großen deutschen Energieversorgern wie der in Deutschland verstaatlichten Uniper sowie der fran-

zösischen EDEF und der italienischen ENEL einige österreichische Unternehmen, wie die EVN AG, die Energieallianz Austria GmbH und die VERBUND Energy4Business GmbH.

Natürlich stellt sich bei dieser Marktkonstellation die Frage, ob eine Börse und ihre Aktionäre und Händler grundsätzlich an einer Änderung des durchaus profitablen Status quo interessiert sind.

Geht es anders?

Sollten sich also die Einschätzungen der Expert:innen bewahrheiten und die EU-Kommission nicht eine Reform des Energiemarkts im Sinne einer sicheren, leistbaren und nachhaltigen Energieversorgung für alle Europäer:innen angehen, stellt sich die Frage nach dem wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum bei weiteren Energiekrisen und der Akzeptanz der Bevölkerung. Klar ist: Die Kosten sind ungleich verteilt, kleine Verbraucher:innen müssen deutlich mehr zu den Systemkosten, dem Stromnetz und zur Förderung Erneuerbarer beitragen als große Verbraucher:innen. „Die Stromerzeuger, die von den hohen Preisen profitieren, oder die Händler, die das Stromnetz für Arbitragegeschäfte nutzen, tragen kaum dazu bei“, so Thoman.

Gegenmodelle gäbe es, so Thoman: „Mit dem iberischen Modell gibt es die Möglichkeit, den Strompreis rasch und ohne gravierende Nebenwirkungen vom Gaspreis zu entkoppeln.“ Mittelfristig muss Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen und gestaltet werden, denn, so Thoman: „Gewinnmaximierung darf nicht das einzige Ziel der Unternehmen im Energiesektor sein.“ Um Investitionen in erneuerbare Energie zu ermöglichen und leistbaren Strom sicherzustellen, muss sich der Strompreis an den tatsächlichen Herstellungskosten orientieren. Dazu braucht es einen neuen Preisfindungsmechanismus, mehr Transparenz und eine bessere Börsenregulierung. Ebenso wichtig sind eine verursachergerechte Verteilung der Netzkosten und eine Demokratisierung der Regulierungsentscheidungen.

Energie – ein öffentliches Gut

„Oft hört man, der Markt habe zu mehr erneuerbarer Energie geführt“, ergänzt Wegmann. „Das stimmt so nicht, da erneuerbare Energien in Europa nur ausgebaut werden konnten, weil sie vor dem freien Markt geschützt und durch Subventionen gestützt wurden.“ Das müsse auch weiterhin erfolgen. Wie etwa das positive Beispiel Dänemark zeigt, war der starke Ausbau der erneuerbaren Energie nur möglich, weil das Netz in staatlicher Hand ist und der Staat in den Netzausbau investiert. Die Produktion übernahmen Kooperativen in Form einer Public-Public-Partnership.

Ein weiteres Beispiel dafür, was Energiestrukturen in öffentlicher Hand und verteilungsgerechte Regulierungspolitik ermögli-



Der liberalisierte Energiemarkt ist nicht in der Lage, die zentralen energiepolitischen Aufgaben zu erfüllen, so Josef Thoman.

chen, sind Frankreich und dessen Energieversorger EDF. Obwohl Präsident Macron bereits Pläne für eine Zerstückelung und Teilprivatisierung ausgearbeitet hatte, zog er im vergangenen Jahr einen Preisdeckel von 4 Prozent ein. Wegmann betont bei diesem Beispiel: „Wenn selbst ein marktliberaler Präsident so handelt, zeigt dies, wie wichtig öffentliches Eigentum ist.“

Im Vergleich zu Österreich verdeutlicht das dänische Beispiel, dass teilstaatliche Energieunternehmen im Sinne der Öffentlichkeit agieren. Wie in Österreich sind die Energieunternehmen zu 50 Prozent in staatlicher Hand. Sie haben sich jedoch entschieden, so Wegmann, das meiste nicht über den Markt oder die Börse zu handeln. Der im Verhältnis doch hohe Energiepreis in Dänemark entsteht erst durch eine hohe Besteuerung.

Abschließend fordert Thoman die Festschreibung der Gemeinwohlorientierung im EU-Recht: „Ein fehlender rechtlicher Rahmen führt dazu, dass Energieunternehmen rein auf eine Maximierung des Shareholder-Values ausgerichtet sind und aus rechtlichen Gründen davon häufig auch nicht abweichen können, selbst wenn sie wollten. Mit einer gesetzlich festgeschriebenen Gemeinwohlorientierung können die Mitgliedsstaaten den eigenen und privaten Unternehmen Versorgungsaufträge erteilen und Verpflichtungen entsprechend den übergeordneten Zielen auferlegen.“

Vera Wegmann schließt sich dem an: „Zwar haben wir wenig öffentliches Eigentum im Energiebereich in Europa. Aber wir sehen, dass da, wo wir es haben und wo es auch in dem Sinne genutzt wird, schon ein besseres Eingreifen oder Handeln in der Krise möglich ist.“ ▸

Unser tägliches Fahrplan-Los

Klimafittes Pendeln ist zwar das Gebot der Stunde, aber wie soll das funktionieren, wenn die Bahn nicht zügig kommt und der Bus auf sich warten lässt? Was Beschäftigte wirklich brauchen, um klimaschonend zur Arbeit zu kommen. Eine Wegbeschreibung.

TEXT GEORG SANDER

Eigentlich will Helga Bayer, Betriebsratsvorsitzende bei Kotányi, gar nicht so viel mit dem Auto fahren. Sie ist seit bald drei Jahrzehnten in Wolkersdorf im Weinviertel beim Gewürzproduzenten beschäftigt. „Ich wäre entspannter, könnte auf dem Weg in die Arbeit und zurück auch besser abschalten – gut für das Klima wäre es ja auch.“ Ihr Kollege Rene Pawlik setzt auf eine Fahrgemeinschaft: „Wenn ich alleine pendeln müsste, dann wäre das auch so teuer, da könnte ich gleich daheimbleiben. Da arbeite ich dann nur noch, um mir den Sprit leisten zu können.“ Patrik Brandfellner kann mit dem Zug anreisen und ist einer der wenigen, die das Klimaticket nutzen: „Ich arbeite nicht in der Schicht, sonst würde es sich für mich nicht ausgehen.“ Wer kann, der kommt öffentlich. Das geht aber nicht bei allen.

Eine Studie der AK Niederösterreich zeigt: Rund ein Drittel der Niederösterreicher:innen hat an einem Schultag keine oder nur eine Basiserschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Und bei Kotányi kommen laut einer hausinternen Betriebsratsumfrage nur zehn von 60 Befragten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Viele wollen öffentlich anreisen, aber sie können nicht, weil die Anbindung nicht passt. Fahren die öffentlichen Verkehrsmittel an den Bedürfnissen etlicher Beschäftigten im produzierenden Gewerbe vorbei?

Öffentlicher Holzweg?

Ein Besuch im flachen Nordosten Niederösterreichs sollte Klarheit schaffen. Helga Bayer wohnt in Erdberg bei Poysdorf und nennt ein kleines Häuschen mittlerweile

ihr Eigen. Hier ist sie verwurzelt, und sie pendelt seit bald drei Jahrzehnten zum Arbeitsort. Die 250-Seelen-Gemeinde ist 55 Kilometer von Wien entfernt, unweit der bekannten Weinstadt gelegen. Gasthaus gibt es keines, aber eine Kirche und sonst nicht sonderlich viel, wie in vielen anderen Orten abseits kleinerer oder größerer regionaler Zentren. Auch wenn Erdberg bei Poysdorf an der Brünner Bundesstraße B7 liegt, ist es trotzdem schlecht angebunden. Für die Reportage war eigentlich geplant, den Arbeitsweg gemeinsam mit Helga Bayer zurückzulegen. Öffentlich ist es unmöglich, zu Schichtbeginn um 5:45 Uhr in Wolkersdorf bei Kotányi zu sein. Einmal stündlich fährt untertags ein Bus, dann braucht es noch eine gute Stunde inklusive einmal Umsteigen in die Bahn und den Fußmarsch vom Wolkersdorfer Bahnhof zum Werk. Doch nicht nur das ist ernüchternd. Ein durchgehender Gehsteig bis zum Betriebsgelände existiert nicht. Dafür gibt es viele Parkplätze, die es aktuell auch braucht. „Wenn ich mit dem Auto zum Zug in Mistelbach fahre, brauche ich 18 Minuten – direkt in die Arbeit dauert es nur fünf Minuten länger. Soll ich eine Stunde mit Bus und Bahn fahren oder 20 Minuten mit dem Auto? Wer macht das denn? Wenn ich sowieso schon im Auto sitze ...“, meint Bayer.

„Es scheidet vielerorts schon an der Verfügbarkeit von öffentlichem Verkehr. Ein Drittel der Menschen in Niederösterreich hat an einem Schultag keine adäquate öffentliche Anbindung.“

Thomas Kronister, AK Niederösterreich



Wenn öffentliche Anbindungen an den Bedürfnissen der Beschäftigten vorbeigehen: Der gesellschaftliche Anspruch der nachhaltigen Anreise zum Arbeitsplatz spießt sich im ländlichen Bereich oftmals mit der Realität.

Einen anderen Weg hat Schichtarbeiter Rene Pawlik gewählt. Er setzt auf eine Fahrgemeinschaft, damit die Kosten für den Sprit nicht alleine getragen werden müssen. Es ist auch klimafitter, wenn statt vier Autos nur eines fährt. „Unser Abteilungsleiter teilt mich und drei Kollegen so ein, dass wir zu viert mit einem Auto anreisen können“, erzählt er. Um pünktlich um 5:45 Uhr in der Arbeit zu sein, müsste er am Vortag wegfahren, wenn er die Strecke nur öffentlich zurücklegen möchte. Will er nach der Spätschicht heimkommen, müsste er eine Stunde warten, dann via Wien nach Hohenau fahren und wäre eine Stunde und 15 Minuten später nach Mitternacht daheim. Also geht es von der Heimat ins nahe Großkrut, dort trifft man sich und fährt nach Wolkersdorf. Muss es sein, nimmt er den Zeitverlust aber in Kauf und fährt öffentlich.

So geht es vielen, die nicht an den Haupttrouten des öffentlichen Verkehrs wohnen. Wer in Prinzensdorf wohnt, sollte laut Fahrempfehlung zu Fuß nach Rannersdorf, dann fährt der Bus um 5:45 Uhr weg – Schichtbeginn in der Früh also un-

möglich. Oder Dobermannsdorf: Mit dem Auto in den nächsten Ort, dann mit dem Bus, Ankunft in Wolkersdorf nach Schichtbeginn. Da und dort mag eine öffentliche Anreise auch bei Kotányi funktionieren, aber soll man wirklich nach acht Stunden Schicht bei Wind und Wetter zuerst einen Kilometer gehen und dann noch eine Stunde auf den Zug warten?

Verlorene Lebenszeit

Es ist nicht zumutbar, dass die Menschen nicht nur acht Stunden ihrer täglichen Lebenszeit zur Verfügung stellen, sondern dazu auch noch zwei Stunden umständlich öffentlich an- und abreisen. Die Öffis fahren an den Bedürfnissen der Arbeiter :innen und Angestellten vorbei. Kurzum: Entweder die Beschäftigten kommen nicht hin oder nicht nach Hause. Ein beinahe unlösbares Problem, wie Brandfellner richtigerweise anmerkt: „Wir sind ja auch nicht die einzige Firma hier und haben den Schichtbetrieb auch nicht erfunden ...“ Dreimal pro Tag lösen sich die Beschäftigten ab: um sechs Uhr, um 14 Uhr und um 22 Uhr. Bei Kotányi bzw. im

Lebensmittelbereich muss man zudem eine Viertelstunde früher da sein, um die Hygienevorschriften entsprechend einzuhalten.

Warum die Beschäftigten nicht näher wohnen oder in die Nähe der Arbeit ziehen? Ein gern gebrachtes Argument in Wirtschaftskreisen, aber es geht ins Leere: In Wolkersdorf selbst, im Speckgürtel Wiens, liegen die Grundstückspreise zwischen 300 und 400 Euro pro Quadratmeter, Tendenz steigend. Selbst kleine Mietwohnungen kosten 600, 700 Euro im Monat. Je weiter weg von Wien, desto billiger ist es auch. Die Einstiegsgehälter liegen branchenübergreifend bei etwas mehr als 1.400 Euro netto. Da ist schnell mehr als die Hälfte des Lohns alleine für Miete und Betriebskosten weg. Also vielleicht den umgekehrten Weg wählen? Ebenfalls illusorisch. Pawlik ist ein gutes Beispiel: Er hat bei einem Betrieb im Ort gearbeitet – in Fahrradreichweite. Doch die Bandscheiben verunmöglichten ihm ein Weiterarbeiten, somit musste ein neuer Job her. „Bei uns draußen gibt es ja sonst nichts“, weiß wiederum Bayer. Außer Supermärkten und Gastronomie sind vielerorts kaum Arbeitgeber übrig geblieben.



Schichtarbeiter Rene Pawlik setzt auf eine Fahrgemeinschaft, damit die Kosten für den Sprit nicht alleine getragen werden müssen. Er fände es jedoch sehr angenehm, öffentlich zur Arbeit kommen zu können, denn das wäre nachhaltiger und entspannender.

Es ist gewissermaßen ein Teufelskreis: Die Industrie geht in die Peripherie, wenn sie überhaupt noch in Österreich ist. Dort locken die sehr beliebten Wirtschaftsparks, man bietet gute Konditionen, oftmals eine gute Anbindung für LKWs oder sogar per Schiene. Dass die gesamte Belegschaft aber auch hinkommen muss, wurde anscheinend bei der Konzipierung vergessen – oder man rechnet damit, dass die Menschen ohnehin ein Auto haben. Untersuchungen zur Mobilität zeigen, dass nach wie vor knapp zwei Drittel das Auto für die Wege benutzen. Thomas Kronister von der AK Niederösterreich attestiert im Gespräch: „Es gibt Verbesserungen. Aber wir fordern mehr öffentlichen Verkehr in den Regionen.“ Das Idealziel sei, dass kein:e Arbeitnehmer:in auf das Auto angewiesen ist.

Doch auch dort, wo öffentliche Verkehrsmittel in hoher Qualität verfügbar sind, verwenden Menschen das Auto. Hier spielen vor allem psychologische Effekte eine Rolle, wie Christoph Streissler aus der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien meint: „Das Auto ist ein Statussym-

bol, erweitertes Wohnzimmer, ein Stück Privatheit.“ Und das, obwohl bei einem Vergleich die Kosten für den Erhalt des Fahrzeugs im Jahr jene der nachhaltigen Alternativen, wie öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Rad oder Fußweg, bei Weitem übersteigen. Auch bei verfügbaren ÖPNV-Anbindungen fällt der Umstieg daher vielen schwer. Steissler meint: „Der finanzielle Aspekt steht nicht immer an erster Stelle. Wenn man Politik machen will, muss man diesen wenig rationalen Zugang bedenken.“

Zusätzlich nimmt Streissler auch die Unternehmen in die Pflicht: „Es kann nicht nur Sache der Beschäftigten sein, wie sie in die Arbeit kommen. Die Betriebe können viel zu Verbesserungen beitragen, etwa durch Mobilitätsmanagement.“ Und auch Kronister stellt klar: „Zuerst ÖPNV, dann Ansiedelung! Wir können die Menschen mit den Klimazielen nicht alleine lassen.“

Einige Unternehmen verhalten sich vorbildlich. Gemeinsam mit Manner erreichte die AK Niederösterreich die Organisation von frühmorgendlichen Zugverbindungen

für Pendler:innen aus Wien. Die Firma Welser Profile in Ybbsitz bietet einen eigenen Lehrlingsbus aus ausgewählten Orten in der Region an. Auch die Kotányi-Beschäftigten versuchten, solche Lösungen zu erreichen.

Zusammenarbeiten, nein danke!

„Ich habe überall angerufen, um eine bessere Anreise zu erreichen“, erklärt Helga Bayer. Sie setzt sich als Betriebsratsvorsitzende dafür ein, dass die Belegschaft klima-, nerven- und geldbörselschonender anreisen kann. Aber weder die anderen Betriebe noch der Wirtschaftspark selbst oder die Gemeinden sind bereit, zusammenzuarbeiten. Zwar unterstützt Kotányi selbst die Initiative, aber es scheitert am Geld. Alleine ein Kleinbus kostet etwa mehrere Hundert Euro am Tag. Immerhin gibt es einen Shuttlebus im Park, der verkehrt allerdings nur zwischen Bahnhof und Betrieben. Alleine dieses kleine Service auf die Beine zu stellen dauerte knapp zwei Jahre. Man möchte sich kaum ausrechnen, wie schwierig es wäre, nicht nur eine Handvoll Betriebe und eine Gemeinde



Da eine Betriebsratsumfrage ergab, dass viele Beschäftigte öffentlich zur Arbeit kommen möchten, versuchte Betriebsrätin Helga Bayer, gemeinsam mit anderen Unternehmen und der Gemeinde ein Shuttelservice aufzustellen. Es scheiterte am Geld.

an einen Tisch zu bringen, sondern auch das Bundesland selbst.

So bleibt der Belegschaft eigentlich nur die privat organisierte Fahrgemeinschaft. Anders können Zeit, Kosten und Klimaschutz kaum unter einen Hut gebracht werden. Zunächst hängt es vom Good Will der Schichtleitung ab. Das System Fahrgemeinschaft ist nicht ohne Tücken. Menschen können krank werden, das Auto kann eine Panne haben, Krankenstände können den Plan schnell verunmöglichen. Das ist bei rund 200 Mitarbeiter:innen im Schichtbetrieb aber alles andere als eine leichte Aufgabe. Schließlich müssen sich die anderen in der Schicht dann nach Pawlik und Co. richten. Bayer resümiert: „Man kann es kaum wem recht machen. Da sind vier, die sind zufrieden mit ihrem Fahrgemeinschaftsradl, dem stehen aber mindestens genauso viele gegenüber, die das nicht machen können.“ Der gesellschaftliche Anspruch, nachhaltig anzureisen, spießt sich also mit der Realität.

Der Wolkersdorfer Wirtschaftspark besteht schon viele Jahrzehnte. Vom Start bis zur Eröffnung von neuen Parks in anderen

Orten vergehen oft zehn Jahre. Das erklärt, warum das Auto so im Mittelpunkt steht. Zwar wissen wir seit vielen Jahrzehnten, dass die Autozentrierung ein Ende haben muss, der öffentliche Druck ist aber erst in den letzten Jahren größer geworden. Doch diese Erkenntnis hilft der Belegschaft heute auch wenig. Welche Ansätze könnte es kurzfristig geben? „In einem 52er-Bus sitzen am Vormittag maximal drei Leute“, meint Brandfellner, „und die Busse bleiben in jeder Ortschaft stehen.“ Früher, so Helga Bayer, gab es Expressbusse, die die Menschen schnell zu ihren Arbeitsstätten brachten.

Mobilität managen

Man könnte anfangen, umzutakten: mehr schnelle Verbindungen dann, wenn es die Menschen benötigen, um in die Arbeit zu kommen, weniger davon zu Randzeiten. Gefordert sehen sie übrigens ebenfalls die öffentliche Hand. Die müssten sich zusammensetzen, wenn sie derartige Wirtschaftsparks ermöglichen. Kurzum: Wer nicht zu Schulzeiten oder zu „normalen“ Bürozeiten

Nicht nur Sache der Beschäftigten: Die Arbeiterkammer fordert ein Mobilitätsmanagement seitens der Unternehmen.

arbeitet, schaut eben derzeit durch die Finger oder eben öfters auf die Tankanzeige.

Schichtarbeiter Pawlik meint abschließend: „Ich fände es schon sehr angenehm, wenn ich nicht jeden Tag mit dem Auto in die Arbeit fahren müsste. Wenn ich öffentlich herkommen könnte, würde ich das machen.“ Das, so meint er, wäre auch wirklich entspannender, als tatsächlich jeden Tag 50 Kilometer in die eine und 50 in die andere Richtung zu fahren. Das klimafitte Pendeln, das käme dann doch vielen entgegen, selbst wenn es wenig Zeit spart, verlangt einem eine Busfahrt weniger ab. Gerade wer um halb elf nach einer Acht-Stunden-Schicht noch Auto fahren muss, sieht hier Vorteile. Und so endet der Besuch im Weinviertel. Raus geht es aus dem Betrieb. Jetzt am Nachmittag ist der Weg zum Bahnhof bei Sonnenschein nett – bei Wind- und Wetter gegen halb sechs in der Früh oder nach 22 Uhr am Abend ist das weniger angenehm. Ein großer Bus fährt vorbei, er steuert die vielen kleinen Ortschaften an, bleibt bei den Kirchen oder den Wirtshäusern stehen. Es sitzen eine Handvoll Menschen drinnen ... ▶

Gefährliches Betriebsklima

Der Klimawandel führt zu alarmierenden Temperaturanstiegen im Sommer. Das macht sich auch am Arbeitsplatz bemerkbar. Gesetzliche Regelungen, die Arbeitnehmer:innen vor Hitze schützen, sind bis dato nur heiße Luft.

TEXT ALEXIA WEISS

Monteure verrichten schwere körperliche Arbeit im Freien. „Sie tragen Schutzhelme, Augenschutz, Handschuhe, mehr oder weniger dicke Baumwollkleidung und teils auch schnittfeste Schuhe mit Stahlkappen, um die Unfallgefahr zu minimieren. An Hitzetagen besteht allerdings die Gefahr, dass sie sich gar nicht mehr anders zu helfen wissen, als den Oberkörper frei zu machen und sich der Schutzkleidung zu entledigen“, sagt Michael Preyss. Er ist Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats für die Ostregion bei ELIN Österreich, einem Elektronunternehmen, das für Großkunden arbeitet. Dazu gehören etwa der Flughafen Wien, Krankenhäuser, die Wiener Linien, Kommunen, der ORF. „Man macht sich Gedanken über die Fiakerpferde, aber an die Menschen, die in der Hitze arbeiten, denkt keiner“, beklagt er. „Natürlich trete ich auch für den Tierschutz ein. Aber an Hitzetagen müssen auch die Menschen geschützt werden.“

Vor dem Hitzekollaps

„Hitze bedeutet Schwerstarbeit für den Körper“, schildert Katharina Brugger, Senior Health Expert bei Gesundheit Österreich, dem Forschungs- und Planungsinstitut des österreichischen Gesundheitswesens. Das Kühlsystem des Körpers laufe auf Hochtouren, dadurch sei das Herz-Kreislauf-System sehr beansprucht. Es komme zu Kopfschmerzen, Dehydrierung, Reizbarkeit und/oder Schwächegefühl. Folgen könnten aber auch Bauch- und Muskelkrämpfe, Fieber, ein Sonnenstich oder gar ein Hitzschlag sein – mit potenziell tödlichem Ausgang. „Die Frage ist dann auch immer, wie der Gesundheitszustand einer Person ist. Wer Vorerkrankungen

hat, ist stärker gefährdet als ein gesunder Mensch“, ergänzt Andrea Schmidt, Leiterin des Kompetenzzentrums Klima und Gesundheit bei Gesundheit Österreich.

In welchem Arbeitskontext ist aber die Belastung durch die steigenden Temperaturen am höchsten? Harald Bruckner, Referent in der Abteilung Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit in der AK Wien, beschreibt hier drei Settings: einerseits die Arbeit in Innenräumen wie Büros, die nicht gekühlt, gedämmt oder beschattet sind, andererseits die Arbeit im Freien, Alltag von Monteuren, Bauarbeitern, aber etwa auch Erntehelfer:innen. „Sie sind nicht nur mit der immer extremer werdenden Hitze, sondern auch mit der starken UV-Strahlung konfrontiert. Das führt nachweislich zu weißem Hautkrebs.“

45 Grad in der Krankkabine

Stark betroffen sind drittens aber auch Menschen, die berufsbedingt in sehr kleinen, nicht klimatisierten Innenräumen arbeiten, wie etwa in Zug- und Busführerständen oder in Krankkabinen. Während Busse heute bereits meist gekühlt seien, sei das bei Zügen nicht immer der Fall. „Neue Garnituren sind verpflichtend klimatisiert. Aber Triebfahrzeuge waren es bis in die 2000er-Jahre hinein nicht und müssen auch nicht nachgerüstet werden. Eine Lokomotive ist aber 40 Jahre in Betrieb.“ Krankkabinen seien in der Standardausführung überhaupt bis heute nicht klimatisiert. „Da knallen von außen 35 Grad drauf, und innen hat es dann, wie Messungen der AUVA ergeben haben, um die 45 Grad. Das ist in Wirklichkeit eine Frechheit.“



Arbeitsminister Martin Kocher habe auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage allerdings geantwortet: Er sei nicht gewillt, hier Vorgaben zu machen, das müsse in den Betrieben durch die zuständigen Arbeitsmediziner:innen geklärt werden. Das empfindet Bruckner als Hohn. Es sei das jeweilige Unternehmen, das den oder die Arbeitsmediziner:in beschäftige. Wie wahrscheinlich sei es da, dass diese/r dann auf einer klimatisierten Krankkabine bestehe?

Kein Handlungsbedarf?

Stichwort gesetzliche Regelungen: Vonseiten der Wirtschaft sieht man hier keinen Handlungsbedarf. „Es gibt ausreichende gesetzliche Vorgaben, die sicherstellen, dass Arbeitszeiten und Arbeitsplätze im Rahmen des Möglichen an die Hitze angepasst werden“, heißt es in einer schriftlich übermittelten Stellungnahme der WKO. Verwiesen wird auf das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, die Arbeitsstättenverordnung und das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz. Der Bitte, hier eine:n Ansprechpartner:in aus der WKO zu vermitteln, wurde leider nicht nachgekommen.

Wie aber sind die angesprochenen Regelungen zu bewerten? Als zahnlos, wie es Bruckner formuliert. „Hitzefrei, das gibt es grundsätzlich nicht. Man kann das über Betriebsvereinbarungen machen, es ist aber überhaupt nicht mehr üblich, vor allem im Bürobereich.“ Das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz sehe zwar vor, dass Arbeitnehmer:innen vor Hitze zu schützen seien. Sanktionen, wenn dies nicht geschieht, gebe es aber keine. „Wir fordern, dass der:die Arbeitgeber:in den Arbeitsplatz klimafit gestaltet und die Arbeitnehmer:innen vor zu viel Hitze schützt.“ In Innenräumen

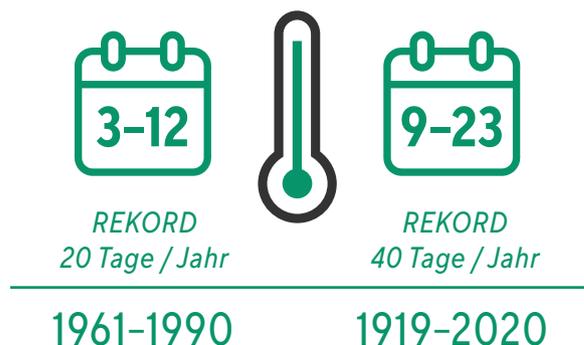
sollte ab einer Temperatur von 25 Grad ein Maßnahmenkonzept vorgeschrieben sein, damit die Temperatur unter 30 Grad gehalten wird. Wer im Freien arbeite, sollte ab 32 Grad Lufttemperatur frei bekommen – „mit Ausnahmen natürlich, man kann ja zum Beispiel nicht das öffentliche Leben lahmlegen“.

Überhitze Baubranche

Andreas Huss ist leitender Sekretär in der Bundesgeschäftsführung der Gewerkschaft Bau Holz und Obmann-Stellvertreter der Österreichischen Gesundheitskasse. Er kennt die Problematik des

Entwicklung der Hitzetage in den Landeshauptstädten Österreichs

Quelle: GeoSphere Austria, 2022





Über 32,5 Grad: Im Bau wird das Schlechtwetterentschädigungsgesetz wirksam. „Die Arbeitgeber müssen sich aber nicht daran halten“, kritisiert Betriebsrat Michael Preyss.

Arbeitens bei Hitze daher aus den unterschiedlichsten Perspektiven. „Hitzearbeit ist eine große Belastung für Dienstnehmer:innen“, betont er. Von dieser seien gerade in der Baubranche viele Beschäftigte betroffen. Das von der WKO angesprochene Schlechtwetterentschädigungsgesetz sehe hier zwar – analog der Regelung bei Regen und extremer Kälte – bei einer Lufttemperatur ab 32,5 Grad vor, dass Dienstnehmer:innen aufhören zu arbeiten, dann um 40 Prozent weniger Lohn erhalten und der Arbeitgeber die 60 zu zahlenden Prozent aus einem dafür eingerichteten Entschädigungsfonds erhält.

„Der Arbeitgeber muss sich aber nicht daran halten“, kritisiert der Gewerkschafter. Wenn also wegen einer Verzögerung im Bau eine Pönalzahlung droht, gehe die Arbeit auf der Baustelle auch an Hitzetagen weiter. Huss wünscht sich hier daher eine Muss- statt der derzeitigen Kann-Bestimmung, und um diese zu ermöglichen, sollte darüber hinaus gesetzlich geregelt werden, dass sich eine vertraglich festgelegte Fertigstellungszeit eines Gebäudes um diese Schlechtwettertage verlängert. „Damit würde kein Druck mehr entstehen.“ Zu den Standardaufgaben eines Bauleiters zähle es, die Baustellenplanung entsprechend der Wettervorhersage vorzunehmen. „Wenn man weiß, am Nachmittag kommt ein Gewitter, wird man nicht betonieren. Man sollte aber nicht nur darauf achten, was für die Baustelle nicht möglich ist, sondern sich an Hitzetagen genauso fragen, was für den Menschen nicht mehr zumutbar ist.“

Dringender Handlungsbedarf

Gabriela Hiden, Leiterin der Abteilung Arbeitstechnik und Gesundheit in der Produktionsgewerkschaft Pro-Ge, schaut dennoch ein bisschen neidisch auf die Bau Holz. „Die haben zumindest eine

Regelung, aber bei uns in der Industrie gibt es nichts.“ Dabei seien gerade Fabrikarbeiter:innen häufig von der Hitze besonders betroffen. Mit Wellblech gedeckte Hallen etwa würden sich stark aufheizen, in vielen Produktionen werde Hitze erzeugt. Dazu komme die ohnehin belastende Schichtarbeit. Tipps, wie in den Morgenstunden durchzulüften, seien nicht durchführbar. „Erstens würde der Effekt nur kurze Zeit anhalten, und zweitens wollen doch die Nachbar:innen nicht nachts vom Produktionslärm gestört werden.“ Hiden sieht hier daher dringenden Handlungsbedarf. „Wenn man nicht rasch die Belastung für Arbeitnehmer:innen minimiert, wird man nicht viele finden, die diese Arbeit noch verrichten wollen. Und wir haben ja jetzt schon einen Arbeitskräftemangel.“

Doch wie könnte eine Lösung aussehen? Huss plädiert für Schutz wie UV-Schutz-Bekleidung, Sonnenbrillen, Sonnencreme und ausreichend Getränke, die vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt werden müssen. „Die großen Baufirmen wie PORR oder STRABAG achten da schon darauf.“ Bei kleineren Firmen vernachlässige man das Thema Hitze dagegen oft. „Dabei weiß man, dass mit der Hitzebelastung auch die Konzentration sinkt“, gibt Huss zu bedenken. Schon jetzt gebe es auf Baustellen je nach Bundesland pro 1.000 Beschäftigungsverhältnisse zwischen 50 und 90 Arbeitsunfälle pro Jahr. Wichtig wäre auch, wo möglich, für Beschattung zu sorgen und eben auf gesetzlicher Ebene so viel wie möglich in diese Richtung zu verankern. Andenken könnte man, den Arbeitsbeginn von derzeit meist sieben Uhr auf 5.30 Uhr vorzuverlegen.

Mehr Pausen an Hitzetagen

Hiden spricht sich für die in der Pro-Ge Beschäftigten für eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden aus, um so für die Arbeitnehmer:innen „mehr erholungswirksame Zeit“ zu erreichen. An Hitzetagen müsste es mehr Pausen geben, orientieren will sie sich da an den 32,5 Grad im Bauarbeiter-Slechtwetterentschädigungsgesetz, „aber nicht Außenlufttemperatur, da muss man dann in der Fabrik messen und nicht draußen“. Sie sei sich bewusst, dass es nicht möglich sein werde, alle Produktionshallen zu kühlen. „Aber die Sicherheitsvertrauenspersonen müssen jeweils am Standort schauen, wie die Mitarbeiter:innen in heißen Wochen entlastet werden können.“

Preyss wiederum wünscht sich, dass man sich hier gewerkschaftsübergreifend zusammensetzt und gemeinsam überlegt, wie Beschäftigte geschützt werden können. Es gebe zum Beispiel Kühlwesten, erzählt er. Doch wenn sie nicht vorgeschrieben seien, hätten jene Unternehmen, die sie zur Verfügung stellen, einen Wettbewerbsnachteil, da sie von anderen Mitbewerbern preislich unterboten würden. Es brauche also auch für Hitzetage eine vorgeschriebene Schutzausrüstung. „Und es braucht Aufklärung für die Arbeiter – damit niemand mehr mit freiem Oberkörper arbeitet und dann Jahre später an Hautkrebs erkrankt.“ ▀



Nora Kögel, Researcher am Ecologic Institut und an der Wirtschaftsuniversität Wien
Michael Soder, Referent in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Zusammengefasst von Eva Winterer

Verteilungspolitische Effekte der EU-Renovierungswelle

Der Krieg in der Ukraine hat für die Europäische Union verheerende Auswirkungen auf die sichere Versorgung mit leistbarer Energie. Energie ist jedoch kein Gut wie jedes andere. Ohne Zugang zu leistbarer und sauberer Energie wird die Teilhabe am modernen gesellschaftlichen Leben unmöglich. Enorme Preissprünge stellen daher nicht nur eine energiepolitische Herausforderung dar, sondern sie führen in eine veritable soziale Krise und zu weiteren Wohlstandsverlusten. „We want everyone in Europe to have a home they can light, heat, or cool without breaking the bank or breaking the planet“, sagte der EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans im Rahmen der Vorstellung der EU-Renovierungswelle im Jahr 2020. Denn Energiearmut ist ein wachsendes Problem in Europa. Betroffen sind rund 35 bis 50 Millionen EU-Bürger:innen, die sich sowohl das Heizen als auch eine Kühlung im Sommer kaum leisten können. Oft beschränken sich die Diskussionen über die wirtschaftspolitische Umsetzung der Dekarbonisierung auf technische Fragen. Die verteilungspolitischen Anforderungen und Wirkungen werden wenig betrachtet. So etwa im Gebäudesektor: Dieser ist für rund 40 Prozent des Energiekonsums und 36 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich. Die Ziele der Renovierungswelle müssen daher die Dekarbonisierung vorantreiben, Energiearmut bekämpfen und langfristig die Energiekosten der Haushalte senken. Gerade Haushalte mit niedrigem Einkommen stehen bei Sanierungsfragen vor nicht zu bewältigenden Herausforderungen. Zu alledem soll der Emissionszertifikate-Handel (ETS) ab 2026 in allen Mitgliedsstaaten zu einheitlichen Preisen umgesetzt sein und auch für den Gebäudebereich gelten. Um eine zielgerichtete Abfederung der entstehenden finanziellen Belastungen zu gewährleisten, ist es besonders wichtig, einkommenschwache Haushalte mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten, um zum einen an der Renovierungswelle teilhaben und zum anderen temporär höhere Energiekosten überbrücken zu können. Entwickelte Kostenszenarien helfen dabei, die verteilungspolitischen Auswirkungen der Renovierungswelle sowie Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten unter den Parametern Preis, Renovierung und Energieträger europaweit aufzuzeigen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede in den Mitgliedsstaaten, die auf einen unterschiedlichen Energiemix, unterschiedliche Energiepreise sowie meteorologische Bedingungen zurückzuführen sind.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
 A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo**

Schnee von gestern

Viel Weiß war einmal. In niedrig gelegenen Skigebieten ist Schnee schon Mangelware – genauso wie die Fachkräfte. In welche Richtung wird sich der Wintertourismus entwickeln, der unser Land jahrzehntelang so prägte?

TEXT CHRISTOPHER ERBEN

Wie ein weißes Band zieht sich der Schnee den Berg hinunter. Darauf sind in einiger Entfernung einige Punkte zu sehen. In einigen Skigebieten war dieser Anblick im Jänner nichts Ungewöhnliches – auch in Zauchensee in Salzburg, wo Anna mit ihren beiden Kindern ihren Skiurlaub verbringt. Obwohl es mit knapp zehn Grad für die Jahreszeit überdurchschnittlich warm ist, scheint das niemanden zu stören – auch die Wienerin nicht. „Die Piste ist zwar sehr schmal, aber es macht uns trotzdem Spaß“, sagt sie, während ihre Augen sehnsuchtsvoll die weißen Bergspitzen entlangwandern.

Schneedecke ade

„Generell betrachten wir zwei Szenarien, wie sich der Winter entwickeln wird“, sagt Klimaforscher Andreas Gobiet. Eine Erwärmung von nur zwei Grad sei für ihn ein sehr optimistisches Ziel. Weniger als zwei Grad seien kaum mehr schaffbar – eher mehr, gibt er zu bedenken. Für Österreich und dessen Schneereichtum würde das bedeuten, dass sich die Erwärmung massiv auf die Winter, den Tourismus, die Beschäftigten und die Betriebe auswirken werde. Der Wissenschaftler geht von sehr drastischen Einschnitten aus. Die durchgängigen Schneelagen in den Niederungen unter 500 Meter Seehöhe werden selbst im optimistischen Szenario um bis zu 40 Prozent zurückgehen. In 1.000 Meter Seehöhe rechnet der Klimaforscher in 30 Jahren mit einem Rückgang von 20 bis 30 Prozent. Die Vegetation in den Alpen werde sich zusätzlich verändern, gibt Gobiet zu bedenken. Ohne weitere Klimaschutzmaßnahmen sei ein weiterer Rückgang der Schneedecke zu befürchten, was sich

seiner Meinung nach sowohl auf die Natur als auch auf den Tourismus massiv auswirken wird. Allein für Skitourengeher:innen würde sich die Saison je nach Höhe um bis zu drei Wochen verkürzen, warnt Andreas Gobiet.

Kein zarter Schmelz

„Das Winter-Wonderland wird es in manchen Gebieten in einigen Jahren wahrscheinlich nicht mehr geben“, ist Berend Tusch, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft vida und Vorsitzender des Fachbereichs Tourismus, überzeugt, was auch einen Veränderungsprozess in den Bergregionen Österreichs auslösen werde. Für ihn wird die Klimaerwärmung nicht nur die Natur, sondern auch die Branche vor neue Herausforderungen stellen. Niedrig gelegene Skigebiete werden schließen, was nicht nur die Betriebe, sondern auch die Beschäftigten hart treffen würde, warnt der vida-Tourismugewerkschafter. In höheren Lagen wird es den Wintertourismus hingegen weiterhin geben, dessen Beschäftigte aber flexibel sein müssen. Einige Betriebe schwenken bereits um und setzen auf neue Angebote, um Gäste anzulocken und zu binden. Verändern werde die Klimaerwärmung auch die gewohnte Wintersaison an sich. Bisher sei der Winter für viele Betriebe der Retter des gesamten Geschäftsjahres gewesen. Doch der Schnee schmelze immer schneller weg, und es zeige sich einmal mehr, dass man sich auf Gewohntes nicht mehr verlassen werde können. „Jede Krise bietet aber eine neue Chance“, meint Berend Tusch, „die jedoch eine gemeinsame Kraftanstrengung zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen voraussetzt“.



Wenig geändert habe sich hingegen die Situation der Beschäftigten in den Salzburger Betrieben, sagt Florian Preisig, Referent für Arbeitsmarktpolitik in der Abteilung Wirtschaft der Arbeiterkammer Salzburg. Viele Beherbergungsbetriebe hätten die ausgezahlten COVID-Förderungen nicht in eine bessere Entlohnung investiert, sondern in den Ausbau der Hotels oder Pensionen, kritisiert er. Trotz der steigenden Nächtigungszahlen werden die Beschäftigten nach wie vor nur nach Kollektivvertrag bezahlt, und an den Dienstplänen wird nicht gerüttelt. Zwei Drittel des Personals kommen daher mittlerweile aus dem Ausland – allen voran aus den neuen EU-Ländern wie Ungarn, Slowakei, Kroatien und Rumänien. Diese Beschäftigten akzeptieren auch die Bedingungen – ebenso die ukrainischen Flüchtlinge.

Die Schneekanonen-Offensive

Die Klimaerwärmung werde sich auf die Entwicklung des Wintertourismus in Salzburg kaum auswirken, ist Experte Florian Preisig von der Arbeiterkammer Salzburg überzeugt. Diesen werde es weiterhin geben – trotz der Schneunsicherheit, die durch Schneekanonen ausgeglichen werden könne. Fragen zum Übertourismus sowie zum nachhaltigen Tourismus werden zwar immer wieder diskutiert, Maßnahmen dagegen aber kaum ergriffen. Viele Betriebe würden nach wie vor auf Quantitäts- statt auf Qualitätstourismus setzen, was wenig zukunftsträchtig oder nachhaltig sei. Auch bei den Gästen vollzieht sich seit Jahren ein Wandel: Während die Zahl der heimischen Gäste zurückgeht, da diese sich den Winterurlaub und die hohen Liftpreise nicht mehr leisten können und

wollen, kommen ausländische Tourist:innen, die mittlerweile einen Großteil der Nächtigungen ausmachen. Dem Tourismus werde im Bundesland derzeit aber zu viel Bedeutung beigemessen, meint Florian Preisig. Dieser mache jedoch nur 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Salzburg (2018) aus, was zwar doppelt so viel ist wie etwa im benachbarten Oberösterreich. Das sei aber dennoch verhältnismäßig wenig, findet der Experte. Tatsache ist, dass der Großteil der Wirtschaftsleistung in den anderen Branchen generiert wird. Sollte der Wintertourismus zurückgehen, wären die Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung des Bundeslandes eher gering. Es sei davon auszugehen, dass – wie in den vergangenen Jahren feststellbar – allfällige Verluste im Wintertourismus durch kräftige Zugewinne im Sommertourismus kompensiert werden können, so Preisig im Gespräch.

Die Bahn gibt uns Berge

Ein wesentlicher Teil der durch den Tourismus verursachten CO₂-Emissionen werde durch An- und Abreise verursacht, heißt es von CEOs FOR FUTURE, einem gemeinnützigen Verein zur Förderung und Beschleunigung der nachhaltigen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Denn über 40 Prozent der internationalen Gäste kommen nach wie vor mit dem Flugzeug in die Skiregionen und über 32 Prozent mit dem PKW. Allein über 70 Prozent der inländischen Gäste reisten etwa 2019 mit dem PKW ins Skigebiet. Nur knapp 10 Prozent aller Gäste kamen mit der Bahn an, was viel zu wenig sei, findet der in Wien ansässige Verein, der zahlreiche Initiativen zu Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Biodiversität und



Berend Tusch spricht sich für die Gründung von Tourismuskassen aus: Sie ermöglichen Mitarbeiter:innen, ihre Urlaubsansprüche zur nächsten Anstellung mitzunehmen.

Energiewende setzt. Unterstützt werden die Aktivitäten des Vereins von über 60 Topmanager:innen und Mitgliedsunternehmen aus unterschiedlichen Branchen. Notwendig seien eine bessere internationale Abstimmung von An- und Abreise mit der Bahn, lokale und regionale Mobilitätskonzepte und eine verstärkte Information der Gäste, um auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen, aber auch zu E-Car-Sharing, E-Bike-Verleih oder Shuttle-Services. „Die Anreise mit der Bahn zum Urlaubsort ist 50-mal klimafreundlicher als mit dem Flugzeug und 30-mal grüner als mit dem Auto“, ist Klaus Garstenauer, Vorstand der ÖBB Personenverkehr AG, eines der Mitgliedsbetriebe von CEOs FOR FUTURE, überzeugt. Für ihn werde die Erreichbarkeit der Tourismusorte per Bahn daher entscheidend für den Tourismusstandort Österreich sein.

„Die durchgängigen Schneelagen in den Niederungen unter 500 Meter Seehöhe werden selbst im optimistischen Szenario um bis zu 40 Prozent zurückgehen.“

Andreas Gobiet, Klimaforscher

Wandern statt Wedeln

„Wer Ski fahren will, wird weiterhin Ski fahren gehen können“, sagt Berend Tusch. Das erfordere aber Rahmenbedingungen hinsichtlich des Klimaschutzes sowie spezielle soziale Standards für die Beschäftigten in der Branche. Da es bestimmte Skiregionen nicht mehr ge-

ben könnte, brauche es für diese jede Menge Ideen und Konzepte, mit denen Gastronomie und Beherbergungsbetriebe weiter profitabel bestehen können. Unter anderem kann sich der Gewerkschafter eine Ausweitung des Wandertourismus vorstellen, wenn die Wintersaison statt fünf nur mehr zwei Monate dauert.

Sorgen bereiten Berend Tusch nicht nur die Veränderung der Saison, sondern auch die Zahl der Arbeitskräfte, die der Tourismus jedes Jahr bitter benötigt: Von den über 220.000 bis 230.000 verlässt rund die Hälfte jedes Jahr nach der Saison die Branche, was viel über die vorherrschenden Arbeitsbedingungen aussagt. Diese Situation erschwere auch die Gründung von Betriebsräten, sagt Tusch, der sich außerdem für die Gründung sogenannter Tourismuskassen ausspricht, die die Urlaubsansprüche, welche die Mitarbeiter:innen wie einen Rucksack mitnehmen könnten, abdecken. Für die Unternehmen würde das eine finanzielle Entlastung bringen, da sie Rückstellungen für Urlaubsansprüche umgehend auflösen könnten. Als Startkapital für die Tourismuskassen sollten 200 Mio. Euro von der öffentlichen Hand kommen. Die Betriebe sollten sich daran schrittweise beteiligen, fordert der vda-Gewerkschafter.

Gesamtkonzept statt Flickwerk

Zusätzlich zu den Tourismuskassen spricht sich Berend Tusch für eine Beschäftigung der Mitarbeiter:innen über eine Dachholding aus, die von den Betrieben finanziert wird. Die Beschäftigten müssten sich dann nach der Wintersaison nicht mehr arbeitslos melden und könnten so das ganze Jahr über in der Region gehalten werden. Auch könnte über diese Form der Anstellung eine sich abzeichnende verkürzte Wintersaison ausgeglichen werden. Das sei im Sinne vieler Mitarbeiter:innen und würde zu weniger Arbeitslosigkeit führen, da dadurch auch Auslastungsspitzen in der Branche besser und schneller bewältigt werden könnten. Das sei für ihn eine Lösung im Interesse aller, so Berend Tusch, „der Tourismus unter anderen Bedingungen braucht ein Gesamtkonzept und kein Flickwerk“.

Besser wird's nimmer

„Die Klimaerwärmung ist irreversibel“, warnt Wissenschaftler Gobiet, der bereits heute eine um zwei Grad erhöhte Temperatur in Österreich feststellt. Bestenfalls komme noch ein Grad hinzu, schlimmstenfalls vier Grad. „Wir müssen uns damit abfinden und damit leben lernen.“ Deswegen sei es umso wichtiger, den Klimaschutz ernst zu nehmen – besonders in den Alpen. Viel Zeit sei in der Vergangenheit verloren gegangen, meint Andreas Gobiet. Denn bereits in den 1980er-Jahren beobachtete die Wissenschaft einen sich abzeichnenden Klimawandel. Doch wurde darauf nicht reagiert – auch nicht seitens der Politik. Dort steige langsam das Problembewusstsein, und es sei auch ein Umdenkprozess im Gange. Was sich der Wissenschaftler jedoch nicht wünscht, ist ein Worst-Case-



Andreas Gobiet fordert einmal mehr dazu auf, den Klimaschutz ernst zu nehmen, denn in der Vergangenheit sei viel Zeit zum Handeln verloren gegangen.

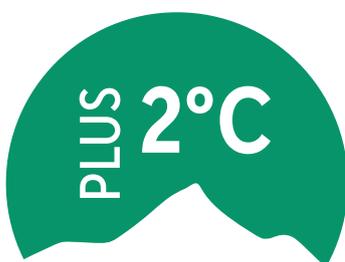
se-Szenario, das von einer Erwärmung von bis zu sechs Grad gegen Ende des Jahrhunderts ausgeht. Dieses werde eintreten, wenn keine Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden. „Wegschauen dürfen wir nicht, sondern wir müssen den Tatsachen ins Auge blicken“, betont Gobiet. Jede:r müsse von der Notwendigkeit des Klimaschutzes überzeugt werden – auch die Tourist:innen, die jedes Jahr mit dem Auto oder dem Flugzeug in die Skiregionen reisen.

Der Teufel im Detail

Anna und ihre Kinder schnallen ihre Skier ab und watscheln in eine Skihütte. Die Preise seien im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, murmelt sie genervt, bevor sie für sich und ihre Kinder einige Speisen bestellt. Mehrere Mitarbeiter:innen schwirren durch die charmante Holzhütte, während im Hintergrund Musik zum Mitschunkeln einlädt. Der Stress macht ihnen sichtlich zu schaf-

Steigende Temperatur im Gebirge in den vergangenen 100 Jahren

Quelle: GeoSphere (vormals ZAMG)



fen. „Die Arbeitsbedingungen passen nicht“, weiß Berend Tusch. Zwischen Überstunden und Teildiensten, Arbeitsverdichtung und Dienstplanunsicherheit habe man „kein Leben neben dem Beruf“. Darüber hinaus seien die Gehälter zu niedrig, was zu einem Arbeitskräftemangel führe. Verantwortlich dafür sei auch die mangelnde Flexibilität der Arbeitgeber:innen in der Branche. „Wenn jemand nur 20 Stunden arbeiten möchte, wird er sich schwertun, im Tourismus eine Arbeit zu finden“, gibt Berend Tusch zu bedenken. Auch hier vermisst er ein übergreifendes Handeln zwischen den Sozialpartnern, um diese Probleme effektiv angehen und lösen zu können. Durch die Verkürzung der Wintersaison würden neue Beschäftigungsmodelle immer interessanter. Höhere Flexibilität der Arbeitnehmer:innen müsste mit der Auszahlung eines Flexibonus honoriert werden. Nichts zu tun sei für den Gewerkschafter jedenfalls die schlechteste Option für den „Factor Mensch“.

„Jede Krise bietet eine neue Chance, die jedoch eine gemeinsame Kraftanstrengung zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen voraussetzt.“

Berend Tusch, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft vida

Besenkammerl im Hotel

Um Beschäftigte mit Familie in Zukunft im Tourismus zu halten und neue dafür zu begeistern, brauche es für sie neue Angebote, ist Berend Tusch überzeugt. Denn die wenigsten seien bereit, wegen einer Arbeit den Wohnort zu wechseln und von Wien nach Tirol zu ziehen, wie es das AMS immer wieder fordere. Das werde auch in Zukunft nicht funktionieren. Denn niemand würde für eine relativ kurze Saisonzeit gleich seinen Lebensmittelpunkt verlagern und eine Wohnung im Wintersportort suchen, die ihn zusätzlich Miete kostet. Oft sei auch die Unterbringung bei dem:der Arbeitgeber:in nicht ideal, so der Gewerkschafter: „Viele müssen sich häufig mit einem besseren Besenkammerl abfinden.“

Weder Eis noch Schnee

Es ist bereits später Nachmittag. Die untergehende Sonne taucht die Steinfeldspitze in ein märchenhaftes Licht. Ob Anna mit ihren Kindern auch nächstes Jahr hier wieder ihren Skiurlaub verbringen werde, stehe für sie in den Sternen. Das mache sie von den Kosten und der Schneelage abhängig, erzählt sie abschließend und wird nachdenklich: „Weil in Stein gemeißelt ist für mich nichts.“

Ein Drucker, drei Brüder und Karl Marx

Vor 140 Jahren starb Karl Marx. Seine Analyse des Kapitalismus und seine Überzeugung, dass die Arbeiterschaft sich organisieren müsse, um eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, prägte die österreichische Arbeiter:innenbewegung von Anfang an mit.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Die Nachricht, dass Karl Marx am 14. März 1883 verstorben war, erreichte bald auch Wien. Dort hielt der Buchdrucker Karl Höger im Arbeiterverein „Wahrheit“ eine Gedenkrede und veranlasste das Absenden eines Kondolenztelegramms an die Hinterbliebenen. Es gehörte viel Mut dazu, diese kleine Feier zu organisieren, auch wenn sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, denn Polizeispitzel waren überall, und jeder Verdacht einer Sympathie für den Terroristen, als den die Herrschenden Europas den Verstorbenen sahen, konnte eine Verhaftung und die Anklage wegen Hochverrats zur Folge haben.

In den 1880er-Jahren befand sich die junge Arbeiter:innenbewegung, die nach dem Ende des Vereins- und Versammlungsverbots ab 1867 entstanden war, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um den Weg, den sie einschlagen sollte. Es hatten sich ein Lager der „Gemäßigten“ und eines der „Radikalen“ gebildet, und in beiden Lagern gab es Gruppen, die sich auf Karl Marx, seine Kapitalismuskritik und seine Revolutionstheorie beriefen. Der Verein „Wahrheit“ war das Zentrum der nur noch wenigen „Gemäßigten“, die die autoritäre Staatsmacht im Kaiserreich realistisch einschätzten, einen gewaltsamen Umsturz für aussichtslos hielten und Terrorismethoden ablehnten. Die Mehrheit unter ihnen

glaubte aber wie die „radikalen Sozialist:innen“ an die Abschaffung des Kapitalismus als Grundvoraussetzung, um eine gerechte Gesellschaft zu erreichen, und daran, dass diese Revolution nur mithilfe der organisierten Arbeiterschaft gelingen könne. Die „radikalen Sozialist:innen“ verstanden allerdings die gesellschaftliche Revolution nicht als langfristigen Prozess, sie sahen die Zeit dafür bereits gekommen. Was sie von den Anarchist:innen unter den „Radikalen“ unterschied, war die klare Ablehnung von



Die Brüder Josef, Andreas und Heinrich Scheu (v. l. n. r.). Sie vermittelten die von Karl Marx ausgehenden Impulse an die österreichische Arbeiter:innenbewegung.



**Der Buchdrucker und Gewerkschaftspionier Karl Höger und Eleanor Marx Aveling,
die jüngste Tochter von Karl Marx.**

Terroraktionen, um das verhasste Regime zu destabilisieren. Die gemeinsame Berufung auf Karl Marx bot schließlich die Basis für die Einigung, die mit Unterstützung des Arztes Victor Adler zur Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ 1889 und der Reichskommission der Freien Gewerkschaften 1893 führte.

Einer der „radikalen Sozialist:innen“, die in den 1880er-Jahren auf der Anklagebank saßen, war Josef Scheu. Der Orchestermusiker und Komponist gründete Österreichs erste Musikergewerkschaft, in Erinnerung geblieben ist er, weil er die Melodie zur „Hymne der österreichischen Sozialdemokratie“, dem „Lied der Arbeit“, schuf. Seine beiden Brüder Andreas und Heinrich gerieten dagegen nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend in Vergessenheit, obwohl gerade sie entscheidend zur Entwicklung der Arbeiter:innenbewegung im Habsburgerstaat beigetragen hatten. Andreas, gelernter Vergolder und Verfasser vieler Gedichte und Liedtexte der Arbeitervereine, sorgte durch seine Agitationsreisen für die Verbreitung des von Marx formulierten Programms der „Internationalen Arbeiterassoziation“ (IAA), sein Versuch einer Parteigründung auf Basis des IAA-Programms scheiterte allerdings. Mitte der 1870er-Jahre emigrierte er als politisch Verfolgter nach Großbritannien, wo er zu einem Mitbegründer der Labour Party wurde. Bruder Heinrich war Xylograf und hatte in ganz Europa als Illustrator einen ausgezeichneten Ruf. 1870, während Andreas und die anderen führenden Mitglieder des „Gumpendorfer Arbeiterbildungsvereins“ ihre Strafe als „Hochverräter“ absaßen, sprang er als Organisator ein, verhinderte so das Zerfallen der Bewegung und ermöglichte die Neugründung aufgelöster Gewerkschaften und Bildungsvereine. Später arbeitete er auch in London, wo er mit Karl Marx in Kontakt kam. Marx nannte ihn „Freund“, ein seltenes Privileg, das nur wenigen Mitstreitern zuteilwurde.

Auch nach 1883 rissen die Kontakte zwischen Wien und London nicht ab. So schrieb etwa die jüngste Marx-Tochter Eleanor, an die das Kondolenztelegramm gerichtet gewesen war, für die „Arbeiterinnen-Zeitung“, und die Freundschaft zwischen Victor Adler und dem engsten Marx-Vertrauten Friedrich Engels trug ebenfalls in Partei und Gewerkschaft zum prägenden Marx-Einfluss über Jahrzehnte bei. Grundsatztreue ohne Denkverbot sei die Leitlinie, so Adler. Marx habe „[d]ie Lehre, die Theorie ... stets freigegeben der freiesten Kritik. Denn Kritik ist ja ihr eigenstes Leben.“ ▀

Für eine Zivilisation der Nachhaltigkeit



ANDREAS GJECAJ
 GENERALSEKRETÄR DER FRAKTION
 CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTER:INNEN

In einem Interview erzählt der Historiker und Philosoph Philipp Blom: „Ich habe einmal vor einer Gruppe von sehr reichen Schweizern gesprochen, alles Mäzene des Schweizer Nationalmuseums. Ich habe sie gefragt, wer von ihnen glaubt, dass dieses Wirtschaftssystem, so wie es jetzt ist, in 50 Jahren noch bestehen kann. Nicht einer hat aufgezeigt.“ Daher fordert er, eine Gesellschaft zu schaffen, die zukunftsfähig ist. Die Gegenwart beschreibt er so: „Wir leben in zukunftslosen Gesellschaften, ein bisschen wie in einem großen Kaufhaus mitten im Ausverkauf. Jeder weiß, der Laden ist pleite, aber wir nehmen noch mit, was wir kriegen können. Eine Gesellschaft ohne plausible Hoffnung, ohne ein Bild von einer Zukunft, zersetzt sich von innen heraus.“ Der globalisierte Markt kennt nur Angebot und Nachfrage, wenn man ihn nicht zähmt, kommen Menschen unter die Räder – oder wie es Hans Magnus Enzensberger beschreibt: „Selbst in reichen Gesellschaften kann morgen jeder von uns überflüssig werden. Wohin mit ihm?“ Neben der Zählung des Marktes müssen wir in der Angst, die eine taumelnde und überhitzte Welt erzeugt, lernen zu bestehen. Der tschechische Ökonom Tomáš Sedláček konstatiert: „Ich habe noch immer nicht das Gefunden, wonach ich giere!“ Er beschreibt unsere Gesellschaft als eine, die nicht nur nicht weiß, wie sie Zufriedenheit erreichen könnte, sondern in der das nicht einmal besonders wünschenswert wäre, weil sie nur ständiges Wachstum kennt. Die dadurch entstehende Angst entsolidarisiert, schafft eine Atmosphäre der Rivalität und des Populismus. Angst und Wut waren noch nie gute Ratgeber, in Solidarität zusammenstehen schon! Offensichtlich steht die Menschheit in Bezug auf Klimanotstand und Erderwärmung vor der größten Herausforderung seit Generationen.

Wenn wir zukunftsfähig werden wollen, müssen wir statt einem „freien Markt“ einen „fairen Markt“ schaffen, der eine neue Balance zwischen einem fairen Wettbewerb, einem gerechten Ordnungsrahmen im Sozialstaat und dem Schutz der Umwelt gewährleistet. So können wir von einer „Zivilisation des Raubbaus“ zu einer „Zivilisation der Nachhaltigkeit“ gelangen! Während andere freie Märkte und Deregulierung fordern, schaffen wir Netzwerke der Solidarität: Weil die Rettung des Klimas keine Einzelaktion ist, sondern eine grundlegende Veränderung unseres Denkens und Handelns erfordert, nehmen wir diese Herausforderung couragiert an. Auch dafür braucht es Gewerkschaften! ▀

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag**Buch**

Klassenreise

Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt

Betina Aumair, Brigitte TheißlVaria | 2023 | 3. Auflage | 232 Seiten | EUR 24,90
ISBN 978-3-99046-656-8

Klassenreisende begeben sich auf einen Weg, der für sie nicht vorgesehen ist: Aufgewachsen in einkommensarmen Haushalten sind sie oft die ersten in der Familie, die an einer Universität studieren. Weder in der einen noch in der anderen Welt zuhause, fühlen sich viele ihr Leben lang im Dazwischen. Dort, wo sie sind, dürften sie eigentlich nicht sein. Sie erleben den „Aufstieg“ als Chance, aber auch als Bruch und als schmerzhafte Erfahrung. Die Autorinnen porträtieren 13 Personen, deren Geschichte mit dem Mythos „Aufstieg durch Leistung“ brechen. Sie machen deutlich, wie stark uns die soziale Herkunft prägt und welche Rolle dabei Geschlecht oder Migration spielen. Die Klassenreise-Porträts sind aber auch ein Stück Zeitgeschichte, sie erzählen vom Stadt-Land-Gefälle, von Regionalentwicklung und österreichischer Sozialpolitik.

**Buch | e-book**

ABC des Unsozialen

Was sie sagen, was sie meinen

Adi BuxbaumVaria | 164 Seiten | 2. aktualisierte Auflage 2023 | EUR 24,90
ISBN 978-3-99046-668-1

Das „ABC des Unsozialen“ ist als eine Leseanleitung für viele gesellschaftlich relevante Debatten in Österreich konzipiert. Denn: Manche Erzählungen und Haltungen sind offensichtlich gegen den Sozialstaat und den sozialen Ausgleich gerichtet, manche müssen aber erst als solche enttarnt werden. Die Dekonstruktion von neoliberalen und neokonservativen Frames und das Aufdecken von gegen den Sozialstaat gerichteten Argumentationslinien stehen daher im Zentrum der Betrachtung. Das Buch zeigt aber auch den bestehenden Gestaltungsspielraum für sozialen Fortschritt auf. Beispiele und praktische Anwendungen helfen beim Verständnis der Zusammenhänge.

